Sonnabend, 14. Juli 1923. **Einzelnummer 500 Mark.** 62. Jahrgang. Nr. 156.

Bezugspreis monatlich M. in der Geschäftsstelle 9500.— in den Ausgabestellen 9700.— durch Zeitungsboten 10000.— am Postamt ..... 10000.— ins Ausland 15000 poln. M. in deutscher Währung nach Kurs.

Fernsprecher: 2273, 3110.
Tel.-Adr.: Tageblatt Posen.
Postscheckkonto für Polen: Nr. 200283 in Posen.
Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Posener Tageblatt
(Posener Warte)

Erscheint an allen Werktagen.

Anzeigenpreis f. d. Millimeterzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens .... 300.— M. Reklameteil 1000.— M.

Für Aufträge aus Deutschland { Millimeterzeile im Anzeigenteil 300.— p. M. „ Reklameteil 1000.— p. M. in deutscher Währung nach Kurs.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Der neue Balkanwind.

Seit der ermordete bulgarische Ministerpräsident Stambulinski Bulgariens Politik beeinflußte, hatten sich die neuen Staaten der Kleinen Entente langsam an die neue Art gewöhnt, und sie machten sogar bei schlimmeren Anlässen eine freundliche Miene, auch wenn es ihnen nicht immer nach Wunsch ging. Stambulinskis außenpolitische Bedeutung war auf dem Balkan langsam erkannt worden, er wurde geschätzt, ihm wurde vertraut, aber es war sein Verderben, daß ihm diese Tatsache zum Bewußtsein kam. Als im vergangenen Januar die trübe Stimmung in Europa zugleich mit der Ruhrbesetzung einsetzte und als man langsam fühlte, daß nun schwere Zeiten über den geprüften Erdteil hereinbrechen würden, sagte er ein Wort im Bewußtsein seines persönlichen Sieges, das damals der einzige optimistische Ton in der gesamten europäischen Welt war. „Das Mißtrauen Bulgarien gegenüber ist von mir bei den Mächten das Westens zerstreut worden und auch in der Kleinen Entente ist Haß und Mißtrauen gebannt. Wir werden unsere Nachbarn niemals mehr mit Kanonen und Bajonetten angreifen, wir werden sie mit den Ideen der Freundschaft und des Friedens besiegen.“ Eine alte Fabel sagt, daß nur die Betätigung der Mäßigkeit und der Freundschaft dem Frieden zum Sieg verhilft. Niemals hat der eiserne Tritt der Legionen die Welt zum Glück geführt. Es ist eine alte Tatsache, daß schon lange Zeit vorher die Bulgaren die Auserwählten der Götter waren, die das Zepter über den Balkan hielten, aber weil sie sich in dieser Höhe nicht betätigen und sich in noch höhere Regionen der Macht begeben wollten, nahmen ihnen die großen überweltlichen Mächte die Macht, um sie zu Sklaven zu machen. Und dann waren die Griechen im Besitz dieser Macht, aber auch ihnen entwand eine höhere Hand das Zepter der Herrschaft und warf sie zurück in das Tal der Unzulänglichkeit. Weiter sagte aber Stambulinski „auch wenn heute das Zepter in Belgrad über die Serben geführt wird, wir wollen an der alten Erfahrung festhalten. Denn unbestimmt ist die Macht in einer Hand geblieben und wer weiß wie lange es noch in dieser einen Hand bleibt, Gott sorgt dafür, daß die Völker nicht zu neidisch werden.“ Denn auch die neuen Reichen aus dem Kriege, die aufgetaucht sind in großer Zahl, sie sollen ihre einstige Armut nicht vergessen und die Bitternis in den Herzen der arm verbliebenen pflegen. Warum soll denn die alte Politik des Hasses fortgesetzt und ein ganzes Volk gegen das andere aufgebracht werden. Der Unglücksengel mit seinem schwarzen Flügel ist nicht weit und Finsternis geht von seinen Händen aus...

Aber der Unglücksengel kam doch über den Balkan über Nacht mit schwerem Flügelschlag und nahm Stambulinski die Tatkraft. Der Schatten des Unheils lastet auf dem Balkan von neuem. In der letzten Zeit war in Belgrad die Erregung groß. Serbien hat seit längerer Zeit vertrauensvoll an Stambulinski geglaubt, sie hielten ihn für den Mann der allein des Vertrauens würdig sei. Er war ihnen der Verkünder des neuen slavischen Staates, des großen einigen Staates, dessen Mittelpunkt Belgrad ist. Und über Nacht kam sein Fall. Der südslavische Faszistenführer Pribitschewitsch begann die Hetzpeitsche zu schwingen und nannte den bulgarischen Umsturz „das letzte Glied in der Kette, die um Südslavien sich schlinge“. Er rief zu einer militärischen Intervention auf, und Suschnik, der Führer der klerikalen Partei, bekam einen politischen Wutanfall. England und Italien hielt er für die geistigen Urheber dieser Tat, und auch die rumänische Regierung griff er beleidigend an, weil Rumänien die neue Regierung nach Stambulinski sofort anerkannt hatte. Er sagte: „Es bewahrheitet sich das serbische Sprichwort, daß aus einem Walach ebenso kein Freund gemacht werden kann, wie aus einem Kürbis eine Vase.“ Aus Prag half der Freund Stambulinskis Daskalow und mit der erfundenen Behauptung, daß hinter diesen Geschehnissen die Deutschen und Zar Ferdinand ständen, begann der Versuch zu einer Mobilisation der großen und kleinen Verbündeten. Nachdem man eine Hinterlassenschaft Stambulinskis fand, kann man heute ruhig behaupten, daß die Gründung des „Großsüdslavischen Staates“ kurz vor der Erfüllung stand. Das hat man schon lange vorher geahnt, und wenn auch die bulgarische Revolution eine rein innere war, um die unerträgliche Diktatur sich vom Halse zu schaffen, so hat freilich für die nationalistischen Bulgaren auch der Gedanke die Hauptrolle gespielt, sich von dem Zwang zu befreien, Bulgarien einem Großserbien unterzuordnen. Nach der siegreichen bulgarischen Revolution ist der Ausgleichsprozeß zum Stillstand gekommen, und notwendigerweise wird in der nächsten Zukunft wieder die gegenseitige Betonung des nationalen Bulgarentums einerseits und des nationalen Serbentums andererseits stärker als vorher sich bemerkbar machen.

Doch abgesehen von dieser Trennung der Rasse sind auch noch Gründe da, die eine gegenseitige Kühle unvermeidlich erscheinen lassen. Stambulinski hat seinerzeit die wirtschaftlichen Grundsätze in den Vordergrund gestellt, während man jetzt mehr den reinen Gefühlen des Nationalismus Opfer bringen wird. So greift hier plötzlich das Interesse der Mazedonier ein, die heute mit einem stillen Achselzucken Bulgariens nicht beiseite getan werden können. Die Autonomie für ganz Mazedonien wird von ihnen verlangt und so entsteht gegen den Willen der Regierung ein unvermeidlicher Konflikt. Man fühlt diesen Konflikt sehr stark. Man spricht davon, daß Serbien in einem Irrglauben lebe, wenn es annehme, daß die Mazedonier, die eine Kämpfertradition besitzen, so leicht zu bezwingen sind, wenn sie ihre nationale Freiheit erhalten. Wenn Serbien sich mit Mazedonien vertragen will, so gibt es nur ein Mittel und das ist eine kulturelle Autonomie. In diesem Falle würde Serbien einen klugen Schachzug tun und das Verhältnis zwischen Serbien und Bulgarien erleichtern.

Hat also die Revolution einerseits die Lage erschwert, so hat jedoch andererseits Griechenland und Rumänien eine wirkliche Erleichterung empfunden. Und darum haben sich auch beide Länder so beeilt, die neue Regierung anzuerkennen. Der gemeinsame Grund ist leicht verständlich, denn er liegt in der Versicherung Stambulinskis, daß ja Bulgarien für den Eintritt in die Kleine Entente sei. Es ist auch verständlich, daß diese beiden Staaten sich einerseits mit dem Gedanken nicht befreunden konnten, daß ein einziger großsüdslavischer Staat den Balkan beherrsche, und auch nicht, daß sie für eine rein südslavische Entente waren. Außerdem kam für Rumänien noch die Besorgnis, daß die Bauernbewegung Bulgariens die Bauernbewegung Rumäniens stärken und mit sich reißen konnte. Außerdem aber ist Rumänien, im Falle eines Konfliktes mit Sowjetrußland, ein national geführtes, antibolschewistisch organisiertes Bulgarien, welches sich im Rücken befindet, lieber, als ein Bulgarien, von dem man nie wußte, ob es für oder gegen die Sowjets sei. Stiller in ihrem Urteil ist die Türkei, aber ohne Zweifel ist es der Türkei nicht unangenehm, daß der slavische Charakter des Balkans geschwächt wird.

Italien aber ist dies alles im höchsten Grade sympathisch, und das wird auch unverhüllt zugegeben. Man empfindet durch diese abgebrochenen Bestrebungen gegenseitiger Annäherung, daß das Gleichgewicht auf dem Balkan wieder hergestellt ist, und daß die italienischen Grenzen im Osten nun mehr als je gesichert erscheinen.

Und hier beginnen die Konflikte mit den europäischen Großmächten. Es hing alles an einem Faden, und nur durch geschicktes Steuern kam das Schiff der Großen Entente an den Klippen vorbei. Es ist wahr, die Kleine Entente konnte keine gemeinsame Handlungsfreiheit finden, weil ihre eigenen inneren Interessen sie bewegt haben und selbst wenn es geschehen wäre, hätten die Großmächte unbedingt ein selbständiges Vorgehen untersagt. Frankreich freilich scheint dazu den Willen besessen zu haben, und man wollte Prag und Belgrad gegen Bulgarien unterstützen. Aber hier hätte sich mit einem Male auch ein Riß in der Großen Entente gezeigt, weil ja England und Italien sich einstimmig auf die Seite der bulgarischen Revolution gestellt haben. Heute ist nun auch bereits bekannt geworden, daß seit dem Jahre 1855 England immer auf Seiten Bulgariens stand, weil England durch Bulgarien das Slaventum nicht bis an die Dardanellen herankommen lassen wollte. England hat zu diesem Bulgarien das größere Vertrauen, und nun steigt auch an den Börsen der Welt wieder das bulgarische Geld, eine Tatsache, die so vielen Menschen rätselhaft erschien.

Die Schwierigkeiten der polnischen Regierung.

(Warschauer Sonderbericht des „Pos. Tagebl.“)

Es wird zwar immer wieder von amtlicher Seite dementiert, daß einzelne Minister, so der Finanzminister und der Minister des Äußern, vor der Demission ständen. Es läßt sich aber nicht leugnen, daß die Regierung vor sehr ernsthaften Schwierigkeiten steht. Sie begannen auf der Konferenz in Spala, die der Staatspräsident abhielt und auf der sich eine lebhafte Intransigenz bereits zeigte. Einzelne wichtige Abgeordnete, wie der frühere Finanzminister Byrka von den Piasten und der Nationaldemokrat Zdziechowski, kamen zu spät, oder gingen zu früh. Die Posener Großagrarier (Dubanowicz-Gruppe) war überhaupt nicht erschienen. Aus dem Referat ging hervor, daß die Dubanowicz-Gruppe überhaupt nicht geneigt war, auf irgendwelche Vermögenssteuer einzugehen und selbst die Konzession zurückwies, daß die Steuer nur von dem Vorkriegsvermögen erhoben werden solle, den Kriegsgewinn also freilasse. Da die Regierung fürchten mußte, die Dubanowicz-Gruppe zu Gegnern zu erhalten, was ihren sicheren Sturz bedeutet hätte, so entschloß sie sich, die Vermögenssteuervorlage zurückzuziehen, (was bekanntlich in der Kommissionssitzung dann auch geschehen ist). Die Christlichen Demokraten, die ebenfalls zur Regierungsmehrheit gehören, gaben aber darauf in Spala die Erklärung ab, daß sie auf diese Politik des Nichtsteuerzahlens nicht eingehen können und drohten ebenfalls mit ihrem Austritt aus der Regierungsmehrheit. In der Kommissionssitzung haben sie zwar geschwiegen. Aber die Abstimmung — 15 gegen 14 Stimmen — hat gezeigt, wie gering diese „Mehrheit“ der Regierung ist, und wenn der deutsche Abgeordnete nicht gefehlt hätte, so wäre überhaupt eine Mehrheit in der Kommission nicht zustande gekommen. Nach dem Lodzer Blatt „Republika“ sind auch zwischen den Piasten und den Grupen der Rechten, während des kurzen Urlaubs des Ministerpräsidenten Witos wegen der Besetzung höherer Stellen, namentlich beim Militär, Streitigkeiten entstanden, da angeblich die Rechte die besten Stellen mit den Ihren besetzen will. Unter diesen Umständen braucht man wirklich kein Prophet zu sein, um voraussagen zu können, daß das Kabinett Witos, wenn es sich wirklich bis zum Ferienbeginn erhält, doch bei Wiedereröffnung der Session wohl kaum der inneren Zersetzung entgehen kann. Und was dann?

Rücktritt des Finanzministers Linde am 12. Juli.

Verschiedene Blätter melden, daß Finanzminister Linde infolge ungünstiger Aufnahme seines Finanzprogramms am Donnerstag seine Entlassung vom Amte nachgesucht hat.

Die Bilanz von 6 Monaten Ruhrkampf.

Am 11. Juli waren sechs Monate verstrichen, seit eine „friedliche“ Ingenieurkommission unter dem Schutz französischer und belgischer Regimenter das Ruhrgebiet ohne Erlaubnis Deutschlands betreten hat. Die Bilanz dieses halben Jahres liegt vor aller Welt offen da. Ein paar Zahlen sollen aus ihr hier wiedergegeben werden, die so deutlich sprechen, daß jedes Wort Kommentar ihren Eindruck abschwächen würde.

Militärischer Aufwand. Stärke der Armee im Ruhrgebiet 87 000 Mann (80 000 Franzosen, 7000 Belgier), Infanterie, Artillerie, Kavallerie, Tanks, Flieger, Pionierabteilungen usw., dazu im altbesetzten Gebiet **96 000** Franzosen, **17 000** Belgier, im Brückenkopf Kehl **1000** Franzosen, ferner **10 000** französische und 100 belgische Eisenbahner.

Der Terror. Getötet: 92 Personen! Verurteilt: Zum Tode: 9 Personen. Gesamthöhe der Freiheitsstrafen: rund 1000 Jahre. Im einzelnen 967 Jahre, 7 Monate, 23 Tage Gefängnis und Zwangsarbeit, zwei Personen zu lebenslänglichem Zuchthaus oder Zwangsarbeit.

Gesamthöhe der Geldstrafen: 1,64 Billionen Mark und 108 039 Francs.

Von Haus und Hof vertrieben: **75 714 Personen,** davon ausgewiesen: 71 145 Personen.

Im einzelnen entfallen an Gefängnis- und Geldstrafen, Vertreibungen und Geldstrafen auf:

Beamte: Reichsverkehrsministerium: 254 Jahre, 8 Monate, — Tage, 177 818 000 Mark, 250 Francs, 8885 Haushaltvorstände mit 27 451 Familienangehörigen vertrieben, 8850 Haushaltvorstände mit 22 955 Familienangehörigen ausgewiesen.

Reichspostministerium: 75 Jahre, 3 Monate, 23 Tage, 140 581 000 Mark, 2150 Francs, 373 Haushaltvorstände mit 552 Familienangehörigen vertrieben, 351 Haushaltvorstände mit 552 Familienangehörigen ausgewiesen.

Reichsfinanzministerium: 76 Jahre, 7 Monate, 7 Tage, 215 990 000 Mark, 100 Francs, 1831 Haushaltvorstände mit 5493 Familienangehörigen vertrieben, 1827 Haushaltvorstände mit 5481 Familienangehörigen ausgewiesen.

Preußische Verwaltung: 248 Jahre, 8 Monate, 27 Tage, 1 106 875 000 Mark, — Francs, 7266 Haushaltvorstände mit 10 878 Familienangehörigen ausgewiesen.

Bayerische Verwaltung: 25 Jahre, — Monate, — Tage, 25 000 000 Mark, — Francs, 137 Haushaltvorstände mit 315 Familienangehörigen ausgewiesen.

Badische Verwaltung: 5 Jahre, 6 Monate, — Tage, 37 000 000 Mark, — Francs, 46 Haushaltvorstände mit 129 Familienangehörigen ausgewiesen.

Hessische Verwaltung: 5 Jahre, 3 Monate, — Tage, 55 805 Mark, 500 Francs, 111 Haushaltvorstände mit 203 Familienangehörigen ausgewiesen.

Oldenburgische Verwaltung: — Jahre, 2 Monate, 21 Tage, — Mark, — Francs, 11 Haushaltvorstände mit 33 Familienangehörigen ausgewiesen.

Zivilpersonen: 276 Jahre, 4 Monate, 3 Tage, 1 640 998 576 000 Mark, 105 06[illegible] Francs, 4000 Haushaltvorstände mit 8000 Familienangehörigen ausgewiesen.

Der Krieg gegen die Kinder: Im preußischen Einbruchs- und Sanktionsgebiet wurden 169 Schulen mit 1537 Schulklassen für 50 000 Schüler bzw. Schülerinnen beschlagnahmt.

Der Erfolg: Die „Kohlenausbeute“. In der Zeit **vom 11. Januar bis 30. Juni** sind für Frankreich und Belgien insgesamt

478 700 To. Kohle
515 200 To. Koks
993 900 To.

abgefahren worden. In dem durch die Feiertage ungünstigen Monat **Dezember 1922** betrug die deutsche Lieferung aus dem Ruhrgebiet

677 425 To. Kohle
531 310 To. Koks
1 208 735 To.

In den zehn ersten Tagen des Januar 1923 bis zum Ruhreinbruch wurden von Deutschland geliefert

214 373 To. Kohle
195 647 To. Koks
410 020 To.,

d. i. die knappe Hälfte der in fast sechs Monaten von den Franzosen und Belgiern abgefahrenen Mengen Kohlen und Koks.

Der Tod Stambulinskis und das Flammenzeichen der bulgarischen Revolution wirft einen düsteren Schatten auf den Balkan. In eine neue Linie der Balkanpolitik tritt Europa ein. Über London, Rom, Budapest bildet sich, während Athen ziemlich passiv bleibt, eine neue Front gegenüber der Linie Paris, Prag und Belgrad. Der südslavische Minister des Äußeren Nintschitsch hat eiserne Nerven behalten und er prüft die Lage ruhig und kühl, während die wütende Sturmbewegung um ihn brandet. Er will sein Land nicht in einen Krieg stürzen, der verantwortungslos vom Zaune gebrochen wird. Aber er bemerkt dazu, und das ist ein Wort, das heute nicht leicht hingenommen werden darf, denn es zeigt uns die Lage, wie es auf dem Balkan aussieht — daß selbst die energischste Regierung des Balkans nicht eher intervenieren dürfte, bevor nicht eine Verständigung mit den Verbündeten erzielt worden sei. Hier zeigt sich die offene Tatsache, daß eigentlich nicht die Völker selbst zu bestimmen haben, die den Balkan bewohnen, sondern daß die Großmächte das letzte entscheidende Wort zu sprechen haben. Serbien und Bulgarien, die gegenwärtig in bitterer Fehde einander gegenüber stehen, sind geführt von Paris, London und Rom, aber wie der Kreis sein wird, in dem diese beiden Staaten sich nun bewegen, nachdem Stambulinski ins große Meer der Vergessenheit versank, das wird bald zu erfahren sein. Alles wandelt sich von neuem und auch hier wieder zeigt sich die reale Erkenntnis Bismarcks, der den Lauf der Zeit recht erkannte, wenn er sagte, daß alle Grenzen auf dieser Erde nur ein Provisorium sind.

*

Programmrede Tschankoffs.

Der neue bulgarische Ministerpräsident Tschankoff (oder Zankoff oder Czankow) hat am Dienstag in der Kammer seine Programmrede gehalten. Er charakterisierte die frühere Agrarregierung als eine Regierung der Gewalttätigkeiten und der Verfolgung der Intelligenz. Was die allgemeine Politik betrifft, so wird sich die Regierung bemühen, den allgemeinen Frieden wieder herzustellen. Das vernichtete Bulgarien müsse wieder aufgebaut werden. Möge Europa wissen, daß sich kein vernünftiger Bulgare fände, der Bulgarien in den Krieg stoßen wollte. Der Ministerpräsident stellte dann fest, daß die Beziehungen zu Südslawien gut seien. Dasselbe betreffe Rumänien, die Türkei und Griechenland. Bulgarien müsse einen Zugang zum Meere haben und erwarte, daß die Großmächte dieses Urrecht Bulgariens anerkennen. Die gegenwärtige Regierung werde die Verträge loyal durchführen. Zum Schluß seiner Rede besprach Tschankoff den Zusammenschluß gewisser politischer Parteien.

Die Pläne Stambulinskis.

Die von der neuen Regierung in Sofia in den Archiven der Regierung Stambulinskis vorgenommenen Untersuchungen bestätigen gewisse Vermutungen, die man bereits früher über die Pläne des Bauernministeriums hatte. Es ist jetzt festgestellt worden, daß am Vorabend seiner Verhaftung und des Umsturzes der Regierung Stambulinski und sein Innenminister Stojanoff einen Plan entworfen hatten, der die Absetzung des Königs Boris und die Ausrufung der Republik bezweckte. Es waren eine Unmasse neuer Verhaftungen und Hinrichtungen vorgesehen. Stambulinski sollte Präsident der Republik werden. Für den Posten des Ministerpräsidenten waren der gegenwärtige Gesandte in Prag, Daskaloff und für denjenigen des Ministers des Auswärtigen Petkoff vorgesehen.

Der kommunistische Feldzug Stambulinskis.

Man meldet die Veröffentlichung eines Briefes, den der ehemalige Diktator Bulgariens, Stambulinski, aus Genua an Kalatschoff richtete, und in dem er der offiziösen Zeitung „Poboda" befahl, „über den bulgarischen Kommunistenkongreß unparteiische Berichte zu bringen, aber mit einer günstigen Tendenz für die Kommunisten". Außerdem wurden in diesem Briefe die bulgarischen Behörden angewiesen, die kommunistischen Vertreter mit Pomp zu empfangen. Die gefundenen Dokumente haben erwiesen, daß Stambulinski den Anregungen Rakowskis und anderer Bolschewisten folgte. Außerdem hatte der Plan Stambulinskis, in Bulgarien kommunistisch verwaltete Gemeinden schaffen zu lassen, nicht — wie man behauptete — den Zweck, die Unrichtigkeit ihrer Theorien zu beweisen, sondern im Gegenteil, die Lehre Lenins in Bulgarien zu verbreiten. Uebrigens hat sich Daskalow, der Gesandte der Regierung Stambulinskis in Prag, und einige andere seiner Minister nach Moskau begeben.

Ministerrat.

Der Ministerrat nahm in seiner Donnerstagssitzung u. a. einen Antrag des Vorsitzenden des Hauptlandamtes über die Ausdehnung der Gültigkeitskraft des Gesetzes über die Liquidierung der Servitute in den östlichen Wojewodschaften auf das Wilnaer Gebiet,

ferner einen Antrag des Außenministers über die Abzahlung des Anteils Polens an den Kosten des Internationalen Schiedsgerichtshofes,

einen weiteren Antrag des Außenministers über die Ausdehnung der Gültigkeitskraft des Gesetzes über die Ratifizierung des Rigaer Friedensvertrages auf das Wilnaer Gebiet,

ferner einen Antrag des Außenministers über die Ratifizierung der Handelskonvention mit Südslawien,

einen Antrag des Landwirtschaftsministers über die Ausdehnung der Gültigkeitskraft des Dekrets über die Staatszwangsverwaltung auf Zips und Orawa an.

Zur Annahme gelangte ferner das Organisationsstatut des Innenministeriums, der Gesetzentwurf über Änderungen gewisser Bestimmungen des Gesetzes über die Kaufmanns- und Gewerbegerichte und die Verfügung, die die bisherigen Vorschriften über die Gerichtskosten abändert.

Sejmausschüsse.

Die Kommunalfinanzen.

Am Donnerstag traten der Finanzausschuß und der Haushaltsausschuß zu einer gemeinsamen Sitzung zusammen, um weiter über das Gesetz zu beraten, das die vorläufige Regelung der Kommunalfinanzen betrifft. Auf Antrag des Abg. Diamand wurde beschlossen, das Recht der Erhebung von Steuern für Firmenaufschriften und Anzeigen seitens der Stadtgemeinden zu beschränken. In der Nachmittagssitzung wurde mit geringen Änderungen die Schau- und Vergnügungssteuer im Sinne des Regierungsentwurfes, ferner die Kommunal-Jagdsteuer angenommen. Eine grundsätzliche Veränderung erfuhr Artikel 24, bei dem nur der erste Abschnitt im Regierungswortlaut angenommen wurde. Als zweiter Abschnitt wurde die neue Bestimmung eingeführt, daß die Steuerquellen, die im Sinne des besprochenen Gesetzentwurfes belastet werden, nicht nochmals in Form von Individualsteuern belastet werden dürfen, es sei denn, daß die Steuern für bestimmte Investitionen bestimmt werden sollen. Ferner wurde beschlossen, daß zugunsten der Kommunalverbände keine Steuern von Vermögenswerten erhoben werden dürfen, mit Ausnahme der Luxussteuer.

Vergünstigungen der Staatsbeamten.

Der Haushaltsausschuß erörterte in der Sitzung vom Donnerstag den Gesetzentwurf über die Besoldung der Staatsfunktionäre. Bei Art. 1, der die Besoldungsnormen behandelt, wurde beschlossen, ihn zusammen mit Art. 107 zu erörtern, der von der Anwendung des Gesetzes auf die Tages- und Kontraktangestellten spricht. In der Nachmittagssitzung wurde zu Art. 10 ein Verbesserungsantrag des Abg. Chądzyński angenommen, der dahin lautet, daß die Staatsfunktionäre das Recht besitzen auf die Entrichtung des ganzen Schulgeldes für die Kinder von seiten des Staates und auf kostenlose Dienstkleidung. Abgelehnt wurde ein Antrag, der die Gewährung des halben Fahrpreises auf den Staatseisenbahnen betraf.

Arbeitslosenversicherung.

Der Sejmausschuß für Arbeitsfragen vollzog in seiner Donnerstagssitzung die Wahl des Unterausschusses, der im Einvernehmen mit der Regierung im Laufe einer Woche die Thesen festsetzen soll, die der Ausgangspunkt für die weiteren Beratungen des Ausschußplenums über den Gesetzentwurf der Arbeitslosenversicherung sein werden.

Republik Polen.

Entfernung linksgerichteter hoher Beamter.

Der „Przegląd Poranny" meldet: Die Entfernung von Beamten aus höheren Posten, die keine andere Grundlage hat, als parteipolitische Motive, geht weiter vor sich. Aus dem Militär wurde der langjährige vortreffliche Befehlshaber der Warschauer Fähnrichsschule, Oberstleutnant Młodzianowski, entfernt. Aus dem Presse- und Propagandabureau des Außenministeriums scheiden der Pressechef Targowski und sein Vertreter Wąsowski aus. Den Posten Targowskis soll der gegenwärtige Chef des Pressebureaus des Ministerpräsidiums, Morawski, übernehmen. Im Präsidium des Ministerrates, wo man mit der Polnischen Telegraphen-Agentur begonnen hat, werden der Direktor Górecki und Vizedirektor Oryng ausscheiden. Beide sind seinerseits von Witos während dessen ersten Ministerpräsidentschaft ernannt worden. Für den Posten des Direktors forciert die Nationaldemokratie Herrn Szola, der vor einigen Jahren von demselben Witos beseitigt worden war. „Wir nehmen an", so schreibt der „Przegląd", „daß wir demnächst gezwungen sein werden, eine Fortsetzung der Liste zu geben, die eine Reihe von Namen vervollständigen wird, die dem gegenwärtigen Kabinett unbequem erscheinen. Eine Lehre für die uZkunft."

Rückkehr des Metropoliten Szeptycki nach Ostgalizien.

Der „Przegląd Wieczorny" gibt seiner Beunruhigung darüber Ausdruck, daß die Rückkehr des Metropoliten Szeptycki nach Ostgalizien Stimmungen schaffen könne, die sowohl der polnischen als auch der ruthenischen Bevölkerung schaden könnten, die in gemeinsamer Friedensarbeit unter den Fittichen des polnischen Staates zu leben wünschten. Auch die „Gazeta Warszawska" bringt eine Notiz, in der festgestellt wird, daß das Gerücht über die Wiederkehr des Metropoliten Szeptycki in der polnischen Gesellschaft Unruhe hervorrufe.

Cholera an der ostgalizischen Grenze.

Die „Gazeta Lwowska" meldet aus dem polnisch-russischen Grenzgebiet, daß in einigen Orten der Südukraine die Cholera ausgebrochen sei. Obwohl die Epidemie noch keinen besorgniserregenden Umfang angenommen hat, befürchtet man wegen des Mangels entsprechender Heilmittel ihre weitere Ausbreitung.

Wühlarbeit gegen das demokratische Wahlrecht.

Herr K. K—ski scheint die Pressebekämpfung der Deutschen in Polen als seine wahre Lebensaufgabe anzusehen. Im „Dziennik" (Nr. 154) gräbt er jetzt wieder die am 17. August 1922 in Warschau erfolgte Gründung des Minderheitenblocks aus, um den Deutschen daraus einen Vorwurf zu machen. In halsbrecherischer Logik führt er aus: „Wenn die Deutschen tatsächlich in Polen so unterdrückt wären, wie sie es in ihrer Presse und in den in alle Welt entsandten Klagen und Kundgebungen behaupten, so müßten sie alle ihre Aufmerksamkeit zu ihrem eigenen Schutz sammeln." Da sie jedoch, so doziert Herr K. K—ski weiter, nicht unterdrückt werden, sondern sich aller Freiheit erfreuen, so haben sie Zeit gehabt, alle Minderheiten Polens zu organisieren, zum Schaden des polnischen Staates. Die nicht ausgesprochene Folgerung aus diesen rabulistischen Deduktionen kann nur sein: Also verfolgt die Deutschen, damit der polnische Staat keinen Schaden leidet. Nach Aufzählung der zur Gründungsversammlung erschienenen Vertreter der Minderheiten bringt der Verfasser eine Anzahl von deutschen Pressestimmen aus dem vorigen Jahre, darunter eine aus Nr. 189 des „Posener Tageblattes" vom Jahre 1922, in der ein Druckfehler enthalten ist, der vom „Pos. Tagebl." damals in der folgenden Nummer berichtigt wurde. Es wurde nicht behauptet: „Die deutschen Interessen stehen über den Staatsinteressen", sondern „über den Standesinteressen".

„Aus diesen Pressestimmen," so fährt K. K—ski fort, „die das Spiegelbild der unter den Deutschen herrschenden Stimmungen sind, ergeben sich folgende Leitlinien der deutschen Innenpolitik: 1. Die deutschen Interessen sind höher zu stellen als die Interessen des polnischen Staates. 2. Es muß danach gestrebt werden, aus Polen einen Nationalitätenstaat zu machen. 3. Die polnischen Nationalparteien sind zu bekämpfen. 4. Mit den anderen Minderheiten und auch mit den Linksparteien muß Hand in Hand gegangen werden. Was die deutschen Abgeordneten betrifft — andere interessieren mich hierbei nicht —, so sind sie den oben angeführten Direktiven treu. Auf parlamentarischem Boden treten immer deutlicher zwei Lager hervor. (Seit wann denn immer deutlicher? Etwa seit den Verhandlungen mit Witos und der Regierungsübernahme durch das „nationale Lager"? D. Schriftl.) Das eine sind die polnischen Parteien, die danach streben, die inneren Beziehungen im Sinne der polnischen National- und Staatspostulate in Ordnung zu bringen; das zweite ist der Block der Minderheiten (Dieser war doch nur eine Wahlschöpfung und hat jetzt keine praktische Bedeutung mehr. Die Schriftl.) mit den Parteien, die, nur dem Namen und der Zusammensetzung nach polnisch (P. P. S., Wyzwolenie), deutliche Tendenzen verraten, die Staatsstruktur zu lockern. Diese Teilung unseres Parlaments in zwei Lager und der Umstand, daß die deutsche Minderheit im Linkslager steht, geben einem unparteilichen Beobachter der Entwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen viel zu denken. Mögen sich also die Vertreter dieser Minderheit nicht wundern, daß angesichts der angeführten Stimmen und Tatsachen — ich habe aus leicht verständlichen Gründen nur die allgemein bekannten angeführt — die polnische Gesellschaft sich nicht des Ge-

Der sterbende Wald.

Roman von Heinz Alfred v. Byern.

(18. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Aus dem Schatten des Waldrandes löste sich die Gestalt einer Reiterin. Hasso blickte auf, als er den Hufschlag des trabenden Pferdes vernahm, und eine jähe, fliegende Röte färbte das Braun seines Gesichtes dunkler. Für einen Augenblick schien es, als wollte Redern in den nach links abzweigenden Feldweg einbiegen, aber dann sah er, daß ihn Gräfin Marianne schon bemerkt hatte und in beschleunigter Gangart näher kam.

„Schön guten Tag!" rief sie schon von weitem, und nun blieb ihm nichts anderes übrig, als grüßend den Hut zu lüften. Wie angegossen saß das junge Mädchen auf dem dunkelbraunen ostpreußischen Wallach, und unter dem enganliegenden blauen Reitkleid zeichneten sich ihre vollen, schlanken Formen ab.

„Wohin des Weges?" fragte Marianne lustig, „und weshalb haben Sie rauher Krieger sich in dies hochzeitliche Gewand gehüllt?" Dabei sprühten tausend Neckteufelchen aus den großen, blauen Augensternen.

Nun mußte Hasso doch lächeln: „Zum Preisschießen des Kynologischen Vereins nach Leiningen, Gräfin!" Und wie entschuldigend fügte er hinzu: „Man kommt so selten einmal heraus und unter Menschen. Übrigens — Herr Rößl wird wohl auch da sein."

„So."

Es klang kühl und gleichmütig, dies ein wenig langgezogene „So", und Redern konnte es sich nicht verkneifen, hinzuzufügen: „Darf ich mich erkundigen, wie Ihnen und Ihrem Herrn Vater neulich die Autofahrt im Gewitterregen bekommen ist?"

Es lag wohl an dem Widerschein der Sonne, daß das Gesicht des jungen Mädchens plötzlich wie in Purpur getaucht war und sie nach sekundenlangem Zögern leise entgegnete: „Danke sehr, Väterchen behauptet, es sei entschieden eine sehr gesunde Massagekur für sein krankes Bein gewesen, und mir hat das bißchen Nässe auch nichts geschadet, als Landkind ist man daran gewöhnt."

„Natürlich — — —."

Hasso stockte, und Marianne benutzte die Gelegenheit, um schnell auf ein anderes Thema abzulenken: „Väterchen hoffte schon von Tag zu Tag auf Ihren Besuch, denn jetzt, wo die Körnerernte unter Dach und Fach ist, gibt es doch wohl nicht mehr soviel zu tun?"

Die Stute tänzelte aufgeregt hin und her und keilte ein paarmal mit der Hinterhand aus. Redern ritt eine kurze Volte: „Ist es Ihnen recht, Gräfin, wenn wir langsam weiterreiten? Mein Gaul steht schlecht, ich habe ihn erst vor vierzehn Tagen von Popp u. Schwab gekauft, da dauert es ein Weilchen, bis ich ihm die Mucken abgewöhnt habe."

„Selbstverständlich!" Marianne nestelte mit der linken Hand an dem dunkelblauen Schleier des Zylinders, der auf den schweren, braunen Flechten saß. „Also, welche Antwort darf ich Väterchen bringen?"

„Sobald es nur irgend geht, werde ich bestimmt kommen, ich habe in den letzten Tagen eigentlich von früh bis abends am Schreibtisch gesessen, es gab da noch eine Unmenge Journale und Abrechnungen aufzuarbeiten, denn nächstens kommt der Bücherrevisor, und im Herbst wollen wir Inventur machen, bis dahin muß alles stimmen."

„Ach, Sie Ärmster, aber Sie würden ein gutes Werk tun, denn Väterchen ist jetzt oft so grillig und mißgestimmt, daß ich manchmal verzweifeln möchte."

Redern fühlte ein inniges Mitleid mit dem jungen Mädchen. „Ich denke, es geht dem Herrn Grafen gesundheitlich besser?"

„Das schon, gewiß, aber er hat wohl anderweitige schwere Sorgen, und das schlimmste ist, daß er sich niemals ausspricht, daß er alles allein trägt und nicht einmal mich, die doch die Nächste dazu wäre, teilnehmen läßt."

Hasso nickte: „Ja, es ist eine bitterschwere Zeit für einen jeden von uns. Vielleicht ist es einem Gottbegnadeten vorbehalten, einmal nach Menschenaltern das Drama unseres Volkes zu schreiben, die ergreifendste Tragödie, das gigantischste Heldenepos, das die Weltgeschichte kennt. Jetzt sehen wir alles gewissermaßen noch durch ein umgekehrtes Fernglas, und die kleinen Alltagssorgen, der erbitterte Kampf um die Existenz, trüben uns den Blick für all das gewaltige Geschehen. Sein Päckchen Not und Sorgen hat jeder zu tragen — es kommt nur darauf an, wie man es trägt."

Marianne klopfte ihrem Wallach den Hals. „Ich glaube gar nicht, daß es die allgemeine Lage ist, die so auf den Gemütszustand meines Vaters drückt, er hat wohl noch andere Sorgen, die ihm näherliegen, und ich meine — — —," sie brach plötzlich ab, als scheue sie sich, weiter über diese Dinge zu sprechen zu einem, der ihr doch im Grunde genommen ein Fremder war.

„Sind Sie neulich durch den Wald gefahren?" fragte Redern in einer sich ihm unwillkürlich aufdrängenden Gedankenverbindung.

Das junge Mädchen hielt das Köpfchen gesenkt, als seien die im Glanze der Sonne goldig schimmernden Flechten zu schwer für den schlanken, weißen Hals. „Ja," entgegnete sie leise, „durch den sterbenden Wald." So hoffnungslos und müde klang diese junge Stimme, daß Hasso ein heißes Erbarmen fühlte, aber er wollte sich nicht aufdrängen, wollte nicht taktlos erscheinen, vielleicht fand sich später einmal eine Stunde, in der er ein offenes Wort mit dem alten Grafen reden konnte.

Und plötzlich begann Marianne unaufgefordert zu sprechen: „Ich kann mir ja denken, was es ist, das Väterchen nicht zur Ruhe kommen läßt, was ihm das Leben verbittert und wie ein Alp auf ihm lastet: die Sorge um die Zukunft, um den Besitz, an dem er doch hängt, denn das weiß ich, käme es dazu, daß Clanitz verkauft werden müßte, er würde es nicht überleben!"

„Um Gotteswillen, Gräfin!" Redern war ganz blaß geworden: „Das ist doch undenkbar!"

Sie zuckte die Achseln. „Möglicherweise sehe ich zu schwarz, ich bin ja nicht eingeweiht, aber wenn ich auch nichts von geschäftlichen Dingen verstehe, so viel sehe ich doch, daß es immer weiter bergab geht, daß es kein Halten mehr gibt."

(Fortsetzung folgt.)

dankens erwehren kann, daß der Staatsloyalismus der in Polen wohnenden Deutschen nicht der Felsengrund ist, auf dem man etwas Dauerhaftes bauen könnte. Verhältnismäßig geringe Ausnahmen ändern die Regel nicht. Deshalb hat auch unsere Regierung in ihrer Völkerbundsnote vom 16. Januar 1923 sich nicht gescheut, die deutschen Vereinigungen zu den der Konsolidierung Polens feindlich gesinnten Faktoren zu zählen. Die nationalen Minderheiten gehen unter deutscher Führung zusammen und wirken gemeinsam (Ja, aber im allgemeinen nur bei Minderheitsfragen. In allen anderen Dingen hat sich häufig gezeigt, daß die Minderheiten im Sejm gespalten waren. D. Schriftl.), aber — es trifft sich sonderbar — immer gegen die wirklichen nationalen und politischen Interessen Polens."

Es zeugt nur von der falschen Staatsauffassung der polnischen Faszisten, wenn dem Verfasser dieses Artikels der Zusammenschluß der Minderheiten, angeblich unter „deutscher Führung", als staatsfeindliche Handlung erscheint. Polen hat nun einmal gegen 40 Prozent Angehörige anderer Nationalitäten in seinen Rahmen aufgenommen und muß sich damit abfinden, daß diese ihre eigenen Interessen, die durchaus nicht der polnischen Staatlichkeit feindlich sind, parlamentarisch und sonst auf jede gesetzliche Weise vertreten. Übrigens, weshalb greift der Artikelschreiber jetzt auf die Bildung des Minderheitenblocks zurück, der eine Wahlschöpfung war? Es erscheint als das wahrscheinlichste, daß die Kreise um Herrn K. K—ski eine neue „Wahlreform" vorbereiten, von der ja auch im Geheimpakt von Witos und Chjena die Rede sein soll. Es wird ein neues Wahlrecht ausgeklügelt, das den Minderheiten und evtl. auch der Linken ihre entsprechende Vertretung im Sejm rauben soll. Bereits bei den langwierigen Beratungen im vorigen Jahre über die Wahlordnung gingen der „Nationale Volksverband" und „Piast" zusammen in der Absicht, die Minderheiten und die kleineren Parteien zu benachteiligen. Durch die Bildung ihres Blocks vereitelten die Minderheiten diese Absicht, Grund genug zur Erbitterung für die polnischen Faszisten, deren Sprachrohr der „Dziennik" ist. Der vorliegende Artikel vom „Minderheitenblock" soll jedenfalls für einen neuen Anschlag auf die Demokratie Stimmung machen und die Ausführung der geheimen Beschlüsse von Chjena und Piast, die eine Abänderung der Wahlordnung bezwecken, vorbereiten.

Eine Verteidigung Seydas

besonders in bezug auf die Lösung der Danziger Frage in Genf gibt „Kurjer Poznański" vom 10. Juli (Nr. 153). Es heißt dort: „Die Linksblätter haben sich in letzter Zeit geradezu einen Sport daraus gemacht, die nationale Regierung zu überfallen und zu kritisieren. Zuerst wurde zu diesem Zwecke der Sturz der polnischen Mark ausgebeutet, obwohl jedes politische Kind wissen mußte, daß die Nationalregierung nach der vierjährigen Herrschaft der Linken in den ersten Wochen ihres Bestehens die in ganz verdorbenem Zustande übernommene Staats- und Finanzmaschine absolut nicht zu reparieren vermochte. Das kann nur Sache von Jahren beharrlicher und mühsamer Anstrengung sein. Bis dahin können sich noch manche heute unsichtbaren Risse zeigen, die beseitigt werden müssen. Das zweite Gebiet, auf dem ein ungestümer Angriff der Linken angesetzt wurde, ist die Auslandspolitik. Die tschechische Frage, die infolge der polenfeindlichen Auslassungen des „Czeskie Słowo" in dem von uns zitierten Artikel zugespitzt wurde, benutzten die Oppositionsorgane zu gewaltigen Angriffen auf den Außenminister Seyda und zu einer Kritik der polnisch-tschechischen Annäherung überhaupt, die bekanntlich lange schon der Linken ein Dorn im Auge war. Das Wort führt hier der „Kurjer Polski". Einerseits fiel man über Seydaher, weil er angeblich die Entfremdung zwischen Tschechien und Polen herbeigeführt habe, andererseits gab man zu verstehen, daß die polnisch-tschechische Annäherung überhaupt nicht der Mühe wert sei. Heute sind wir Zeugen eines neuen Angriffs. Der Anlaß ist die Danziger Frage im Völkerbunde. Die Oppositionsblätter stempeln sie als Niederlage, und die Sonntagsnummer des „Kurjer Polski" bringt die Meldung aus Genf unter der sensationellen Unterschrift „Die Niederlage Seydas in Genf". Wir lesen das Telegramm und sind erstaunt darüber, in ihm Abschnitte aus dem Bericht des referierenden spanischen Botschafters zu finden, wie z. B. folgenden: „Die berechtigten Ansprüche Polens müssen berücksichtigt und die Rechte Polens gegenüber Danzig voll verbürgt werden." Die Kompetenz des Oberkommissars, die in der Note Seydas angeschnitten wurde, formuliert der Berichterstatter sehr vorsichtig. Er soll in jedem Falle zunächst bestimmen, ob er zuständig sei, eine Entscheidung zu treffen. Das bedeutet, daß verschiedene Fragen nicht seiner Kompetenz unterliegen sollen, und daß die polnische Regierung seine Kompetenzen im gegebenen Falle durch eine Appellation an den Völkerbundsrat anfechten kann, d. h. ihrerseits eine Aktion in die Wege leiten, die den Zweck verfolgt, die Kompetenzen des Oberkommissars auf das eigentliche Maß herabzuführen. Darum ging es ja gerade Herrn Seyda. Und endlich fügt der Berichterstatter, der allerdings die polnisch-Danziger Konvention vom 9. November 1920 als genügende Grundlage für die Regelung der Beziehungen zwischen Polen und Danzig empfiehlt, hinzu, daß in Zweifelsfällen, die sich aus der Interpretierung des Vertrages ergeben, die Bestimmungen des Artikels 104 des Versailler Vertrages heranzuholen seien. (All diese vielen Worte können doch nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Genfer Entscheidung ein Strahl kalten Wassers für die überhitzten polnischen Chauvinisten war. Die Schriftltg.)

Aus dem besetzten Gebiet.

Zugentgleisung als Grund für Ausweisungen.

Kürzlich entgleiste ein aus dem Saargebiet kommender Arbeiterzug zwischen Landstuhl und Kaiserslautern. Sofort verfügte der französische Bezirksdelegierte die Ausweisung zahlreicher Einwohner aus Landstuhl und Kaiserslautern wegen dieser angeblichen Sabotage, obwohl sich schon kurz nach dem Unfall feststellen ließ, daß die Zugentgleisung auf **Lockerung des Oberbaues infolge Fehlens jeglicher Wartung der Strecke** zurückzuführen war. Die Ausweisungen wurden jedoch nicht unterbrochen, sondern mit größter Rücksichtslosigkeit ausgeführt. Die Wohnungen der Ausgewiesenen wurden mitsamt der Möbel beschlagnahmt. In einem Falle verlangte sogar die Frau eines Franzosen, dem die Wohnung eines Ausgewiesenen zugewiesen wurde, **von der deutschen Hausfrau, daß sie zur Vervollständigung der Kücheneinrichtung noch Küchengegenstände nachschaffe, die nach Meinung der Französin in der Küche fehlten. Die deutsche Hausfrau mußte daraufhin tatsächlich für 400 000 Mark die von der Französin verlangten Küchengegenstände besorgen.**

Sogar der Rheinkies wird beschlagnahmt!

Der Rheinstromverwaltung in Kehl ist auf Veranlassung der Interalliierten Rheinlandkommission mitgeteilt worden, daß in Zukunft auch der Rheinkies, ebenso wie die Ruhrkohle beschlagnahmt werden soll. Dieselbe Maßnahme ist auch in Mainz angeordnet worden.

Wegen nachlässiger Kontrolle gefesselt und abtransportiert.

An der Grenze des besetzten Gebietes bei Schwerte wurden am 5. Juli drei französische Soldaten verhaftet und gefesselt abgeführt, weil sie einige Deutsche durch die Grenzsperre hindurchgelassen hatten.

Enttäuschte Verräterei.

Die Anfangs Mai in Trier zu den Franzosen übergetretenen Beamten in gehobener Stellung, die seinerzeit ihren Übertritt damit begründeten, daß ihnen die deutsche Verwaltung nicht die ihrer Stellung zukommende Selbständigkeit und Bezahlung gewähre, führen schon jetzt lebhafte Klage über ihre gedrückte Stellung im französischen Dienst. Sie müßten unter Aufsicht von französischen Beamten und Militärs arbeiten, die ihnen bezüglich dienstlicher und fachlicher Bildung weit nachständen. Selbständigkeit und Entscheidungsbefugnis besäßen sie nicht. Verfügungen und Entscheidungen, die von ihnen angefertigt werden, würden ins Französische übersetzt und von den ihnen übergeordneten Aufsichtsbeamten stets bemängelt. Als Dienstbezüge erhielten sie die ihrer früheren Besoldungsstufe in Mark und nicht in Francs. Ihr Antrag, auf die elsaß-lothringischen Bahnen übernommen zu werden aus Besorgnis vor kommender Zeit, ist mit dem Bemerken abgelehnt worden, daß sie lediglich zu Dienstleistungen in Trier angenommen worden seien.

Beraubung von Flüchtlingsgepäck durch die Franzosen.

Am Mittwoch wurden in Groß-Gerau zwei Möbelwagen mit dem Sammelgepäck vertriebener Eisenbahnerfamilien, obwohl die Begleitpapiere ordnungsmäßig ausgestellt waren, von französischen Zollbeamten aufgebrochen und aus verschlossenen Kisten mehrere Zentner Lebensmittel geraubt.

Französische Soldaten wegen Diebstahls festgenommen.

Wegen Diebstahls von Telephonapparaten auf dem Bahnhof Lünen-Süd sind nach Aufklärung durch die deutsche Polizei von den Franzosen zehn französische Soldaten festgenommen worden.

Angedrohtes Maschinengewehrfeuer gegen ganze Ortschaften.

Kürzlich soll in der Nähe von Lippenhof eine französische Patrouille beschossen worden sein. Der belgische Kommandant des Bezirks hat dem Regierungspräsidenten von Düsseldorf mitgeteilt, daß künftig bei derartigen Vorfällen **die umliegenden Ortschaften mit Maschinengewehren unter Strichfeuer genommen** würden.

Der Krieg gegen Kinder.

Am 6. Juli sollten an der Griesheimer Sperre bei Darmstadt 52 Kinder aus Griesheim, die zur Erholung ins unbesetzte Gebiet geschickt werden sollten, von Damen der Darmstädter Wohlfahrtspflege abgeholt werden. Nachdem die Kinder die Sperre bereits passiert hatten, wurden sie von französischen Kontrollbeamten zurückgerufen und ihnen die Ausreise verweigert.

Ungeheure Geldbuße.

Auf Antrag des belgischen Rheinkommissars hat die interalliierte Kommission beschlossen, diejenigen Gemeinden, in deren Bezirk der Anschlag auf die Linie Duisburg—Krefeld verübt wurde, mit einer Geldbuße von 630 000 000 Mark zu belegen. Weitere Geldbußen sind nicht ausgeschlossen. Dabei steht es noch gar nicht fest, ob es sich um einen deutschen Anschlag handelt.

Schwarze Bestien.

Über ein bestialisches Verbrechen farbiger Franzosen an einem Kriegsbeschädigten bei Linz a. Rh. werden jetzt nach Abschluß der Untersuchungen folgende grauenhafte Einzelheiten bekannt: Der Arbeiter und Kriegsinvalide Alfter aus Ockenfels wurde am 7. Mai in unmittelbarer Nähe eines marokkanischen Postens tot aufgefunden. Die ärztliche Untersuchung der Leiche ergab schwere Verletzungen am After und einen Bluterguß ins Gehirn, der offenbar durch Schläge auf den Kopf verursacht war; in der Luftröhre fand sich ein Fingernagel mit Fleischteilen, durch die wahrscheinlich der Erstickungstod des Alfter herbeigeführt worden ist. Aus den Verletzungen und dem Zustand der zerrissenen Kleidungsstücke des Ermordeten geht zweifelsfrei hervor, daß der Kriegsbeschädigte Alfter von Marokkanern, denen er wegen seines steifen Beines nicht entfliehen konnte, in ihren Wachraum geschleppt, dort in viehischer Weise vergewaltigt und, als er sich wehren wollte, ermordet wurde. Offenbar wollte ihm der Marokkaner den Mund zuhalten, um ihn am Schreien zu verhindern, wobei ihm dann von dem sich verzweifelt wehrenden Opfer die Fingerspitze abgebissen wurde. Die Leiche wurde dann auf die Straße geworfen. Der Posten behauptet, daß Alfter mit seinem Rade gestürzt und tot liegen geblieben sei. Diese Aussage ist aber schon deshalb eine Lüge, weil der Kriegsbeschädigte infolge seines steifen Beines überhaupt nicht Rad fahren konnte. Er hatte das Rad vielmehr geschoben, um es seinem in der Nähe wohnenden Bruder zu bringen. Der französische Kommandant lehnte jede Bestrafung der Täter ab.

Verkürzung der englischen Regierungserklärung.

Die Donnerstagsmorgenblätter wissen mitzuteilen, daß die englische Regierungserklärung **in ungefähr einer Viertelstunde** verlesen sein werde. Es sei daher anzunehmen, daß im Laufe des gestrigen Kabinettsrats in London **verschiedene Kürzungen** an dem Schriftstück vorgenommen wurden, welches einer Mitteilung der „Chicago Tribune" von gestern zufolge zur Verlesung etwa eine Stunde gebraucht haben sollte. Man glaubt, daß die englische Regierung **erst nach einem Entscheid Frankreichs** auf die Einladung, am Reparationsproblem mitzuwirken, **mit einer umfangreichen Erklärung** an die Öffentlichkeit treten werde.

Wer kommt in Sinaja zusammen?

Die „N. Fr. Presse" meldet aus Belgrad, daß an der Konferenz in Sinaja nur die Außenminister der Kleinen Entente teilnehmen werden, während die Zusammenkunft der Ministerpräsidenten auf später verlegt worden ist. Die Konferenz wird sich auch mit dem Verhältnis der Kleinen Entente zu Ungarn beschäftigen.

Vor der Unterzeichnung des Lausanner Friedens.

Wie aus Lausanne berichtet wird, ist die Nachricht, nach der **Ismet Pascha** noch vor der Unterzeichnung des Friedensvertrages **nach Angora reisen** wird, falsch. Dagegen scheint es sich zu bestätigen, **daß auch die englische Flotte Konstantinopel verlassen** wird. Die Engländer sollen angeblich eingewilligt haben, daß die Räumungsbestimmungen sich nicht nur auf die Landtruppen, sondern auch auf die Marinestreitkräfte beziehen. Nach einer Havas-Meldung aus Konstantinopel wird in offiziellen türkischen Kreisen die **Einberufung der Nationalversammlung** für den 2. August und die **Ratifizierung des Friedensvertrages** vor dem 15. August erwartet. In der Stadt würden große Vorbereitungen zur Feier der Unterzeichnung des Friedens getroffen. Die Presse begrüßt in ihrer großen Mehrheit die demnächstige Unterzeichnung des Friedensvertrages.

Die Bestimmungen des Friedensvertrages.

Die Schweizer Telegraphen-Agentur meldet: Der auf der Lausanner Konferenz ausgearbeitete Friedensvertrag erkennt die Wiederherstellung des definitiven Friedenszustandes zwischen der Türkei und Großbritannien, Frankreich, Italien, Griechenland, Rumänien, Südslawien und andererseits zwischen den Vereinigten Staaten und der Türkei an. Sechs Wochen nach der Ratifizierung des Vertrages durch die neue Nationalversammlung in Angora sollen die englischen, französischen und italienischen Truppen Konstantinopel, Tschanak und die Halbinsel Gallipoli räumen. Die neuen Grenzen der Türkei sind folgende: Gegen Bulgarien läuft die neue Grenze von der Mündung des Flusses Noswoja bis zu dem Punkte an der Maritza, an dem die türkische, bulgarische und griechische Grenze zusammenstoßen. Gegen Griechenland geht die Grenze oberhalb der Maritzaebene, östlich von Karagatsch und weiter längs der Maritza zum Ägäischen Meere. Die Grenze gegen Syrien wird durch den in Angora garantierten türkisch-französischen Vertrag festgesetzt. Gegen Irak soll die Grenzlinie im Laufe von neun Monaten gezogen werden. Die Mossulfrage wird dem Völkerbundsrat vorgelegt. Die Türkei erhält Souveränität über Tenedos am Eingang zu den Dardanellen. Griechenland behält die Inseln Lemnos, Mythilene, Chios, Samothrake, Ikaria. Die an der adriatischen Küste gelegenen Inseln müssen entmilitarisiert werden. Die Rechte Italiens auf den Dodekanes wurden bestätigt. Die Türkei garantiert freie Durchfahrt durch die Dardanellen, und freie See- und Luftverbindung. Das Kapitulationssystem wird aufgehoben. Die Türkei verpflichtet sich zur Unterzeichnung des Vertrages und bittet um Aufnahme in den Völkerbund. Die finanziellen Bestimmungen des Vertrages enthalten die Anerkennung der türkischen Staatsschuld und die Übernahme durch die Türkei. Die Verbündeten stellen keine Reparationsforderungen an die Türkei, die auch keine Besetzungskosten zu zahlen hat. Großbritannien erhält die in englischen Docks im Jahre 1914 beschlagnahmten Kriegsschiffe, die einen Wert von 5 Millionen türkischen Pfund in Gold besitzen.

Frankreichs Aerger über den Frieden.

Das Resultat der Verhandlungen in Lausanne wird in Frankreich für höchst unbefriedigend betrachtet. „Wir haben den Frieden im Orient um einen teuren Preis gekauft", schreibt das „Journal". Das „Echo de Paris" erklärt voll Erbitterung, daß Frankreich in Lausanne „geschoren worden wäre wie ein blökender Hammel", weil es nicht gewagt habe, seine Kraft zu zeigen. Aber es würde nicht ausbleiben, daß die Republik früher oder später in Syrien „die Zähne zeigen müsse". Das „Echo National" bringt einen langen Bericht aus Konstantinopel, in dem von der völligen Entmutigung der Franzosen im Orient zahlreiche Beispiele gegeben werden. Überall wird gezeigt, daß die Verlängerung der Konferenz von Lausanne von Frankreich durch große Opfer erkauft worden sei, **um die große Partie gegen Deutschland zu gewinnen.** Jetzt seien die Verhandlungen in Lausanne zu Ende, aber noch lange nicht die Partie gegen Deutschland. **Frankreich habe ein sehr schlechtes Geschäft gemacht.** Pertinax und Bainville behaupten, es sei falsch gewesen, die Verhandlungen über den Frieden im Orient gleichzeitig mit der Aktion im Ruhrgebiet führen zu wollen. **Die Türken seien durch den deutschen Widerstand ermutigt worden, und die Türken hätten den Deutschen gezeigt, was durch Zähigkeit zu erreichen sei**

Italien soll Fiume bekommen?

Dem „Berliner Tagebl." wird aus Belgrad unter dem 11. Juni telegraphiert:

Die Unterhandlungen mit Italien über Fiume, die durch eine paritätische Kommission in Rom geführt werden, stoßen auf große Schwierigkeiten und werden, wie verlautet, auch diesmal erfolglos bleiben. In allen Fragen, welche die Kommission zu entscheiden hat, hat Italien eine Schwenkung vollzogen. Wie es heißt, will Italien die Verhandlungen nicht mehr auf der bisherigen Grundlage weiterführen, sondern verlangt eine wichtige Änderung des Rapallovertrages und des Abkommens von St. Margherita. In gut unterrichteten Kreisen verlautet, Italien habe schon vorgeschlagen, **ihm Fiume ganz zu überlassen**, wofür **Südslawien Kompensationen an anderer Stelle bekommen soll.** Unrichtig ist aber, daß Italien dafür Zara angeboten habe; es hat **sich noch nicht näher erklärt.** Auch die italienische Presse verbreitet in letzter Zeit die Nachricht, daß die **Angliederung Fiumes** zu erwarten sei. Die südslawische Regierung hat bereits Beratungen über diese **Frage eingeleitet, aber noch keinen Entschluß gefaßt.**

Deutsches Reich.

** **Die Metallarbeiter für Wiederbeginn der Arbeit.** In der Berliner Organisation der Metallarbeiter wurde am Mittwoch über den neuen Lohntarif abgestimmt, der unter Vermittlung des Arbeitsministeriums festgesetzt worden ist. Für die Fortsetzung des Streiks erklärten sich 100 000 Arbeiter, während für die Annahme des Tarifs 32 000 Stimmen abgegeben wurden. Da 250 000 Arbeiter, die in der Metallindustrie organisiert sind, an der Abstimmung nicht teilgenommen haben, soll das Streikkomitee beschlossen haben, daß die Arbeit wieder aufgenommen wird. Es ist jedoch noch unbestimmt, ob die Arbeiter in den Fabriken, wo sich ungefähr 90 Prozent für den Streik erklärt haben, die Arbeit wieder aufnehmen.

** **Der 3. Internationale Demokratische Friedenskongreß tagt in Freiburg i. Breisgau vom 4. bis 10. August 1923.** Im Internationalen demokratischen Arbeitsausschuß sind folgende Länder vertreten: Deutschland, Großbritannien, Frankreich (u. a. durch Abg. Marc Sangnier und verschiedene Universitätsprofessoren), Österreich, Belgien, Bulgarien, Vereinigte Staaten, Ungarn, Italien, Litauen, Norwegen, Polen (durch Pfarrer Kornilowicz-Warschau und Frl. Dr. Reicher-Wien), Portugal, Rußland, Schweiz, Tschechoslowakei, Westukraine, Südslawien. Der vorjährige 2. Kongreß fand in Wien, der 1. im Jahre 1921 in Paris statt. Auf dem Programm der diesjährigen Tagung sind Gottesdienste für den Frieden, ein Gedächtnisgottesdienst für die Opfer des Weltkrieges, eine Anzahl von Vorträgen, u. a. über die Themen: „Nationalismus und religiöse Idee", „Nationalismus und demokratischer Fortschritt", „Nationalismus und soziale Entwicklung", ferner eine große öffentliche Volksversammlung in der Freiburger Festhalle, auf der Marc Sangnier, Abgeordneter von Paris, sprechen wird, vorgesehen.

** **Das dreizehnte deutsche Turnfest** hat am Sonntag mit einer Münchener Woche seinen Anfang genommen, die Vorführungen der Münchener Schüler und Schülerinnen, Wettkämpfe und ein vaterländisches Schauspiel bringt. Die Eröffnungsansprache hielt der Vorsitzende des Hauptausschusses, Bürgermeister Dr. Küfner. Aus dem ganzen Reich und aus dem Auslande sind bereits viele Tausende von Turnern und Turnfreunden in München eingetroffen.

Aus aller Welt.

Der tschechoslowakische Generalstabschef nach Paris berufen.

Der Leiter der französischen Militärmission in Prag und Generalstabschef der tschechoslowakischen Armee, General Mittelhauser, ist mit einem Flugzeug nach Straßburg abgereist, von wo er sich mit der Eisenbahn nach Paris begibt. Nach dem „Petit Journal" wird angenommen, daß die schleunige Berufung des Generals nach Paris mit der Unterredung zwischen dem tschechoslowakischen Außenminister Benesch und Ministerpräsidenten Poincaré im Zusammenhang steht.

Dänemark für Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund.

Auf die Aufforderung des Völkerbundsrates an alle angeschlossenen Staaten, **ihre Meinung über die Rüstungsfrage** darzulegen, hat **Dänemark** eine ausführliche Note vorgelegt, aus der folgendes hervorgehoben zu werden verdient: Dänemark habe lange Zeit eine Neutralitätspolitik geführt, aber nachdem es in den Völkerbund eingetreten sei, habe es gewisse Verpflichtungen übernommen, die mit dem früheren Neutralitätsbegriff nicht ganz übereinstimmten. Man müsse Bedenken hegen, solange der Völkerbund nicht Staaten wie **Deutschland, Rußland und Amerika** umfasse. Der Einrichtung von entfesteten Zonen zwischen den einzelnen Staaten stehe Dänemark sympathisch gegenüber. Die Note ist unterzeichnet von den Mitgliedern der dänischen Völkerbundsdelegation.

Rücktritt Sturzos, eines Gegners Mussolinis. Aus Rom wird gemeldet, daß der Rücktritt des Parteisekretärs der Popolari, Sturzo, an der politischen Lage nichts ändere, da Sturzo nicht nur in der Partei bleibe, sondern auch im Parteivorstand und im Nationalkomitee.

Ungarn erkennt den internationalen Gerichtshof an. Das ungarische Außenministerium hat der Nationalversammlung einen Gesetzentwurf vorgelegt, laut dessen Ungarn die Geschäftsordnung des internationalen Gerichtshofes anerkennt.

Generalstreik in Spanien. Die Berufsverbände in Madrid, Sevilla, Barcelona und Saragossa haben den Generalstreik beschlossen.

Statt Karten!

Gott der Herr nahm in Seinem unerforschlichen Ratschluß am Donnerstag, dem 12. d. Mts. nach kurzem, schwerem Leiden, meinen lieben guten Mann, unsern treusorgenden Vater, Schwiegervater und Onkel, den

Fabrikbesitzer

Reinhard Tonn

im Alter von 56 Jahren zu Sich in die Ewigkeit.

Offenb. Jak. 14/13. (8066

Rogasen, den 12. Juli 1923.

Im Namen der Hinterbliebenen
in tiefem Leide

Frau Auguste Tonn.

Die Beisetzung findet am Sonntag, dem 15. Juli, nachmittags 5 Uhr von der Leichenhalle aus statt.

Nach kurzem, schwerem Leiden starb heute unser Senior-Chef, der

Fabrikbesitzer

Reinhard Tonn,

der Mitbegründer der Firma **E. Woltmann & Co.**

Der Dahingeschiedene war uns ein väterlicher, nachsichtiger Freund, ein wohlwollender Chef und das Vorbild rastlosen Fleißes. Streng aber gerecht — war sein Wahrspruch und danach handelte er. Dem leider allzufrüh zu einem besseren Leben Abberufenen ist ein ehrendes Andenken bei uns gesichert.

Rogoźno, den 12. Juli 1923. (8067

Die Beamten und das Fabrikpersonal der Firma E. Woltmann & Co.

Cirkus Proserpi

Wały Zygmunta Starego.

Am Freitag, dem 13. Juli abends 8.30 Uhr

Grosse Eröffnungsvorstellung

mit 20 großen Attraktionen.

Täglich von 8.30 Uhr abends Grosse Vorstellung.

Sonntags nachmittag 3.30 und abends 8.30 Uhr

2 Grosse Vorstellungen.

Vorverkauf an der Cirkuskasse. (8044

Wir bieten, fast wie neu, zum Kauf an:

Andree's Allgemeiner

Handatlas

in 126 Haupt- und 137 Nebenkarten, gebunden, vierte, völlig neubearbeitete und vermehrte Auflage.

Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A.
Abt. **Versandbuchhandlg. Poznań,**
Zwierzyniecka 6.

Unsere **Büroräume** sowie

Engros-Expedition

befinden sich jetzt auf unserem Grundstück (8069

« Św. Marcin 25. »

Złota Kula T. z o. p.

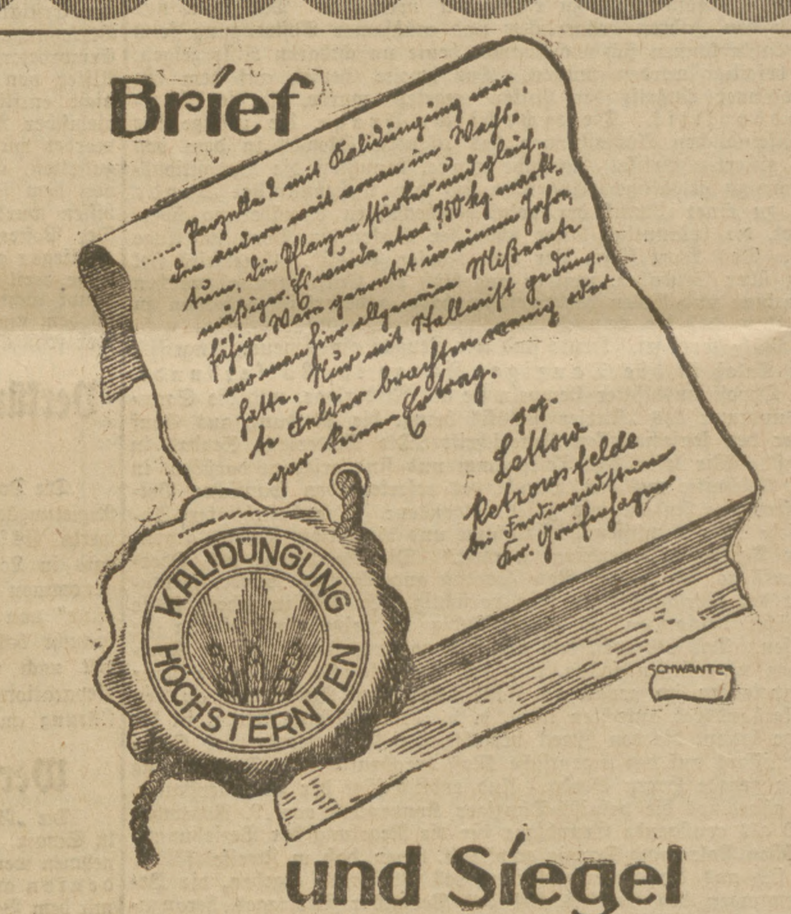
Zjednoczone fabryki likierów.

Suche
für kurzentschlossene Käufer

Landwirtschaften

von 20—1000 Mrg., gleichfalls **Häuser** in der Provinz. Offerten mit genauer Beschreibung, ob privat oder Rente, und äußersten **Preis**, da zahlungsfähige Käufer stets bei der Hand, erbittet

Nowak, Poznań
Głogowska 112. Tel. 6280.



Alle Auskünfte über Düngungsfragen erteilt jederzeit: die Schriftleitung des „Landw. Zentralwochenblattes" Poznań, ul. Wjazdowa 3.

Bilanz am 31. Dezember 1922.

Aktiva.

			ℳ	₰
1.	Kassenbestand		14 876 539	28
2.	Sorten		494	05
3.	Wechsel		28 000 000	—
4.	Wertpapiere		1 259 750	—
5.	Forderungen in laufender Rechnung:			
	a) an Genossenschaften pp.	ℳ 238 846 305.40		
	b) sonstige	„ 12 297 717.50	251 144 022	90
6.	Guthaben bei Banken		101 717 364	83
7.	Beteiligungen		25 790 000	—
8.	Immobilien	ℳ 916 403.—		
	Abschreibung	„ 416 403.—	500 000	—
9.	Mobilien	ℳ 1 085 621.—		
	Abschreibung	„ 1 085 620.—	1	—
10.	Stempelvorlage		75 000	—
11.	Stückzinsen		8 917	—
12.	Avalschuldner	ℳ 37 318 716,70		
			423 372 089	06

Passiva.

			ℳ	₰
1.	Geschäftsguthaben der Genossen		14 146 300	—
2.	Reserven:			
	a) Reservefonds	ℳ 3 001 076,17		
	b) Betriebsrücklage	„ 3 725 997.59		
	c) Unterstützungsfonds	„ 359 800,—	7 086 873	76
3.	Schulden in laufender Rechnung:			
	a) an Genossenschaften pp.	ℳ 289 444 345,25		
	b) sonstige	„ 22 186 880,57	311 631 225	82
4.	Schulden an Banken		47 688 020	16
5.	Einlage auf dreimonatige Kündigung		1 000 000	—
6.	Spareinlagen (von Privaten)		33 240 814	85
7.	Rentensteuer		830 570	45
8.	Vorauserhobener Diskont		660 000	—
9.	Avalverpflichtungen	ℳ 37 318 716 70		
10.	Reingewinn		7 088 284	02
			423 372 089	06

Poznań, den 30. Juni 1923.

Provinzial-Genossenschaftskasse für Posen
Sp. z. z ogr. odp.

Hallstein. Leich.

Jeden Posten

Himbeeren

kaufe zu höchsten Tagespreisen.

Złota Kula, T. z o. p., św. Marcin 25.

Kaufe Pianinos

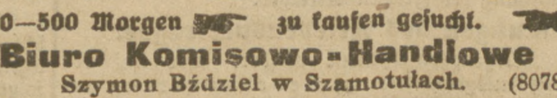
und zahle die höchsten Preise.

Offerten mit Preisangabe unter **G. 2751** an **Wielkopolska Agencja Reklamy, Poznań,** św. Marcin 40.

Johannisbeeren,

etwa **30 Zentner**, schöne rote Ware, möglichst im ganzen **zu verkaufen**. Offerten mit **Preis** an (7992

Fr. Hartmann, Oborniki



Gut

200—500 Morgen zu kaufen gesucht.

Biuro Komisowo-Handlowe
Szymon Bździel w Szamotułach. (8078

Suche zu kaufen

GUT

bis 1500 Morgen
Okazja, ul. Wrocławska 20.

Kaufe

Photographische und Landmesser-Instrumente
Okazja, ul. Wrocławska 20.

Für eine **landw. Brennerei** wird **ein gebrauchter**, aber noch gut erhaltener

Vormaischbottig

zu kaufen gesucht. — Inhalt ca. 5500 Liter. — Gefl. Angebote unt **S. 8031** an d. Geschäftsstelle d. Blattes erb

---

Einladung.

Montag, den 30. Juli, nachm. 5 Uhr, findet im **Kaffee Bristol** die **24. ordentliche Generalversammlung** der **Bez.-Gen. für Brennmaterial** T. z. o. p. statt.

Tagesordnung:

1. Bericht des Vorstandes;
2. Rechnungslegung, Vorlegung der Bilanz, Erteilung der Entlastung für den Vorstand;
3. Erhöhung der Sitzungsgelder für den Aufsichtsrat;
4. Wahlen für die ausscheidenden Aufsichtsratmitglieder;
5. Ausschließung von Mitgliedern;
6. Anträge aus der Versammlung.

Der Vorstand.
Blasius Schilasky.

Kaufe

Jagdgewehr, Browning und Waffen zur Wanddekoration
Okazja, ul. Wrocławska 20.

Gebr. Sportwagen

mit Verdeck wird **zu kaufen gesucht.** Offerten unt. **T. K. 8057** an d. Geschäftsst. d. Bl.

Für das Central-Büro eines größeren industriellen Unternehmens wird zum **baldigen Antritt** ein

Bürochef

der polnischen und deutschen Sprache durchaus perfekt, mit allen vorkommenden Büroarbeiten aufs Beste vertraut und über beste kaufmännische Kenntnisse verfügend, **gesucht.** Es wird nur auf eine ausgesproch. **Ia Kraft** reflektiert. Evtl. wird freie Wohnung, Beheizung u. Beleuchtung zur Verfügung gestellt. Gefl. Angebote mit ausführlichem Lebenslauf, Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen sind unter **„Erste Kraft" Nr. 8011** an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Verheirateter Chauffeur

aufs Land gesucht,

zu **sofortigem Antritt,** der gleichzeitig Kutscher (Kavallerist) ist. Nur Bewerber mit längerer Praxis und guten Zeugnissen werden berücksichtigt. (8045

von Bernuth, Borowo bei Czempin.

Anbau und Düngung des Roggens.

Die Roggenaussaat steht bevor. Wie jeder Landwirt weiß, ist gerade beim Roggen der Ertrag in hohem Maße von der Art der Bestellung abhängig. Alle Vorfrüchte, die das Land möglichst unkrautfrei und nicht zu locker hinterlassen, sind ihm am angenehmsten Klee, Hülsenfrüchte, Frühkartoffeln, Raps, sogar Roggen selbst, können als gute Vorfrüchte angesehen werden. Vielfach ist es nicht zu umgehen, daß Roggen nach Spätkartoffeln folgen muß; dann aber muß mit allen möglichen Mitteln für festes Land gesorgt werden. Obgleich der Roggen für eine frühzeitig gegebene Stallmistdüngung dankbar ist, bringt man ihn doch meistens in zweite und dritte Tracht. Will man Stallmist geben, dann sollte es einige Wochen vor der Saat geschehen, damit sich der Boden nach dem Pflügen noch genügend setzen kann. Alle Gründüngungspflanzen, besonders Lupinen mit ihren stickstoffsammelnden und den Untergrund aufschließenden Pfahlwurzeln sind für Roggen, besonders auf trockenem Sand, vorzügliche Vorfrüchte.

Die Böden, die im allgemeinen zum Roggenbau herangezogen werden, sind fast durchweg nährstoffarm, sie behalten jedenfalls keineswegs so viel an natürlichen Nährstoffvorräten, daß man mit Höchsterträgen rechnen kann. Deshalb düngt man auch neben Stallmist mit bestem Vorteil mit Kunstdünger, während Roggen ohne Stalldung — letzterer soll ja bekanntlich in erster Linie zu den Hackfrüchten verwendet werden, da er von diesen besser ausgenutzt wird — **ohne weiteres** mit Kunstdünger versehen werden muß. Dies gilt in erhöhtem Maße für die leichten, sandigen Böden. Es kommt hinzu, daß alle Wintersaaten die Winterfeuchtigkeit besser ausnutzen und daher um so größere Mengen von Nährstoffen mit Vorteil verarbeiten können.

Für Kaligaben ist Roggen außerordentlich dankbar. Kalisalze erhöhen nicht nur den Ertrag, sie verbessern auch die physikalische Beschaffenheit der zu lockeren, leichten Böden und geben einen gewissen Schutz gegen das Auswintern und gegen Lagergetreide. Die Kalirohsalze, wie zum Beispiel der Kainit, müssen einige Wochen vor der Saat untergebracht werden, damit sie die Keimung nicht beeinträchtigen. Man gibt 3 bis 4 Ztr. Kainit oder 1 Ztr. 40proz. Kalidüngesalz auf einen Morgen.

Thomasmehl oder Superphosphat wird schon im Herbst vor der Einsaat, etwa 1 bis 1½ Ztr. auf den Morgen, in den Boden gebracht. Es wirkt auf den Körnerertrag und beschleunigt die Reife.

Im Herbst sind kleine Gaben von schwefelsaurem Ammoniak oder Kalkstickstoff vor der Aussaat angebracht, die aber sofort nach dem Ausstreuen unterzubringen sind, damit jeder Stickstoffverlust möglichst vermieden wird. Im Frühjahr wird man schwefelsaures Ammoniak oder Chilesalpeter in Stärke von etwa ½—1 Ztr. auf den Morgen als Kopfdüngung geben, und zwar das schwefelsaure Ammoniak möglichst frühzeitig, spätestens beim Erwachen der Vegetation. Man streut dann die ganze Gabe auf einmal aus. Frühe Stickstoffgabe liefert im allgemeinen mehr Körner, eine späte mehr Stroh. Ein sofortiges Eineggen ist bei ammoniakhaltigem Dünger unbedingt erforderlich, sonst geht der teure Stickstoff in die Luft, und der Roggen hat gar nichts von ihm.

Sehr viele Landwirte haben noch die alte Gewohnheit, zu stark zu säen, und es ist sehr schwer, sie davon abzubringen. Es gibt leider noch viele Besitzer, die 80 bis 100 Pfund Roggen auf einen Morgen säen, und man muß sich eigentlich wundern, wenn solche überhaupt noch einen leidlichen Ertrag erzielen. Dieser würde sicherlich erheblich steigen, wenn bei Drillsaaten nicht mehr als 45 bis 55 Pfund, höchstens unter besonders ungünstigen Verhältnissen 60 Pfund, ausgesät würden, damit sich der Roggen gut bestocken kann. Welche Aussaatmengen am vorteilhaftesten sind, muß jeder Landwirt durch vergleichende Versuche selbst ausproben, und dazu ist in diesem Herbst die beste Gelegenheit gegeben. Dünn gesäter Roggen bildet kräftigere Halme als dick gesäter und lagert auch nicht so leicht. Lieber etwas dünner säen und diese Saat dann im Frühjahr durch eine gehörige Stickstoffdüngung zur vollen Entwicklung bringen — wenn dies auch noch so teuer ist —, ist wirtschaftlich richtiger, als dicke Saat bei magerer Ernährung. Also dünn säen und dick düngen mit Kainit, Phosphorsäure und Stickstoff, das begünstigt die Bestockung und Entwicklung und hält durch dichten Stand den Boden unkrautfrei, namentlich von Quecken, die noch am ersten durch stark beschattende Pflanzen niedergehalten und vernichtet werden können.

Neben einer gewissen Einschränkung der Aussaatmenge und kräftigen Ernährung trägt ein flaches Unterbringen der Körner viel zur Vermeidung der kleinen ertragarmen Ähren bei. Einer guten Bestellung muß auch das Saatgut angemessen sein. Alle zwei Jahre wird man einen Wechsel mit Saatgut durch Anschaffung von anerkanntem Saatgut vornehmen müssen, wenn nicht die Erträge ganz erheblich durch Verbastardierung sinken sollen. Zeeländer Roggen und Petkuser Roggen liefert die Saatgutgesellschaft zu Posen, ul. Wjazdowa 3. Weil häufig eine Ursache der Roggenmißernte auch Fusariumbefall ist, so sollte man es nicht unterlassen, den Roggen vor der Saat mit Uspulun zu beizen. Bezüglich der Saatzeit gilt im allgemeinen eine frühere Saat als besser, als eine späte, da jene meistens höhere Erträge bringt. Frühe Saat kann auch im allgemeinen dünner als späte gesät werden, und damit ist auch eine Saatgutersparnis verknüpft, die bei den heutigen Preisen mit ins Gewicht fällt.

Jubiläum der evangelischen Kirchengemeinde Czarnikau.

Czarnikau, 12. Juli.

Am Sonntag feierte die evangelische Gemeinde Czarnikau das Fest ihrer 150jährigen Neugründung. Von nah und fern waren, wie die „Deutsche Rundschau“ berichtet, Glaubensgenossen herbeigeeilt, um der Gemeinde ihre Treue und Anhänglichkeit zu bekunden, an ihrem Teile die Festfreude zu erhöhen und das evangelische Bewußtsein zu stärken. Nach kurzer Begrüßung durch den Superintendenten Starke und den Gen.-Sup. D. Blau begaben sich die kirchlichen Körperschaften mit den Gästen, voran die Superintendenten und Pfarrer der Nachbar- und anderer Gemeinden, unter den Klängen des Posaunenchors Althütte zum Gottesdienst in die festlich geschmückte Kirche.

Die erste Festpredigt hielt Sup. Starke über Ps. 143, 5—6. Er wies darauf hin, daß die Gemeinde Czarnikau älter sei als 150 Jahre. Wahrscheinlich haben sich schon im 16. Jahrhundert in Czarnikau Evangelische gesammelt und Privilegien und das Recht freier Religionsübung von dem damaligen polnischen Grundherrn von Schloppe und Czarnikau erhalten. Diesen ersten Anfängen folgte eine verhältnismäßig ruhige Entwickelung. Aus einer noch vorhandenen Urkunde vom Jahre 1712 geht hervor, daß die Gemeinde trotz häufiger Verfolgungen sich so stark erhalten hatte, daß sie einen eigenen Pfarrer und ein Bethaus besaß. Zurzeit des nordischen Krieges wirkte in ihr mit großem Eifer und Pflichttreue ein Pfarrer Martin Rottke trotz schwerer Kriegsdrangsal und der drei Jahre nacheinander auftretenden Pest. Die Jesuiten erreichten durch bischöfliches Mandat vom 9. August 1711 das Verbot öffentlichen Gottesdienstes bei 1000 Dukaten Geld- oder gar Leib- und Lebensstrafe und nahmen den Evangelischen ihr Bethaus weg. Nun folgten 60 Jahre harter Verfolgung und Bedrängnis der Gemeinde. Meilenweit wanderten die Evangelischen zu den Gottesdiensten in das Gebiet des Fürsten Sapieha. Viel kräftiges, gesundes Leben erstarb in diesen 60 Jahren der Not. Bei der ersten Teilung Polens fanden sich in Czarnikau 22 wüste Stätten vor. Im selben Jahre vernichtete eine Feuersbrunst gegen 70 andere Wohnstätten. Die Stadt war fast vernichtet. In dieser Zeit der schwersten Not der Stadt organisierte sich die evangelische Gemeinde von neuem, was heut 150 Jahre zurückliegt. In einer niedrigen, baufälligen Tuchmacherstube hielt man bis 1783 Gottesdienst. Dieser für Pfarrer und Gemeinde unerträgliche Zustand wurde nur wenig dadurch gemildert, daß man in die kleine Schulstube umzog, wo nur ein Sechstel der Zuhörer Platz fand, während die übrigen bei Wind und Wetter draußen stehen mußten. Langsam aber wuchs die evangelische Gemeinde und mit ihr die Stadt. 1830 wurde die jetzt noch stehende Kirche gebaut, 1883 erweitert und mit einem Turm versehen.

Diese oft sehr traurige Vergangenheit soll jedoch der Gemeinde, wie Generalsuperintendent D. Blau in der zweiten Festpredigt über 2. Kor. 3 sagte, in ihrer heutigen Not neuen Mut machen in der Erkenntnis, daß sie in der Hand ihres Herrn und Meisters steht.

Am Nachmittag fand eine Gemeindefeier statt. Pastor Brunzel-Runau schilderte in treffenden Worten, anknüpfend an das Wort Jesu: „Der Mensch lebt nicht vom Brot allein, sondern von einem jeglichen Wort, das durch den Mund Gottes geht“, was die Gemeinde und jedes ihrer Glieder seiner Kirche verdankt. Ein anderer Gast, Superintendent Beyer-Filehne, wies in ergreifender Rede auf die Aufgaben jedes einzelnen in der Gemeinde hin, mit Herz und Mund und Hand der Kirche zu dienen als Dank für die Gaben, die der Herr der Kirche in so reichlichem Maße, wie es der Vorredner dargelegt hatte, seinen Gläubigen geschenkt. Mit einem kurzen Schlußwort und Gebet des Generalsuperintendenten schloß die erhebende Feier. Nicht zuletzt haben zur Vertiefung der Feststimmung die Darbietungen der Kirchenchöre von Czarnikau und Romanshof beigetragen.

Aus Stadt und Land.

Posen, den 13. Juli.

Ein vielfacher Milliardendiebstahl in dem Gnesener Dom.

Am Mittwoch vormittag in der Zeit zwischen 11 und 12 Uhr ist im Gnesener Dome ein Diebstahl an heiligen Geräten verübt worden, der in der Diebstahlschronik der ganzen Welt wohl einzigartig dastehen dürfte. Nachmittags vermißte man aus der mit schweren Panzertüren versehenen, am Eingange des Domes rechts befindlichen Reliquien- und Schatzkammer den massiv-goldenen Reliquienschrein mit Reliquien vom heiligen Adalbert, der jedesmal am St. Adalberttage (2. April) den Gläubigen gezeigt zu werden pflegte. Der Schrein ist mit 40 Saphiren, einem Amethyst und einem großen Rubin ausgestattet und befand sich in einem Schatzschranke mit Schiebetüren. Aus demselben Schranke wurden dann noch gestohlen eine massiv-goldene, 60 Zentimeter hohe, 10 Pfund schwere, mit 200 Brillanten, Smaragden und Rubinen reich besetzte Monstranz, ferner sieben altertümliche goldene Kelche und sieben goldene Patenen, die sämtlich in einzelnen Schrankfächern untergebracht waren. Der Metallwert der gestohlenen heiligen Geräte wird auf 200 Millionen Goldmark angegeben.

Der Diebstahl hat naturgemäß weit über die polnisch-katholische Bevölkerung der Diözese hinaus Aufsehen und Erbitterung erregt, beweist er doch, daß die Diebe heut selbst vor dem Heiligsten nicht mehr Halt machen. Die mit allem Eifer aufgenommenen Bemühungen zur Aufklärung des Diebstahls haben bisher noch kein Ergebnis gezeitigt. Am Vormittag hatte eine Reisegesellschaft von 40 Lehrern aus Krakau den Dom und dabei auch die Reliquienkammer besichtigt, unter Führung des langjährigen Domküsters, der die Schlüssel zu den Panzertüren der Kammer führte. Es ist nun anzunehmen, daß sich die Diebe unter die Reisegesellschaft gemischt und beim Verlassen der Kammer den Diebstahl ausgeführt haben. Es ist beobachtet worden, daß in der Nähe des Domes ein langer, dunkelgrüner Kraftwagen hielt, in dem drei besser gekleidete Männer eingetroffen waren. Diese sollen dann beobachtet worden sein, wie sie, mit Schachteln versehen, aus dem Dome heraustraten, das Auto bestiegen und entweder in der Richtung nach Posen oder nach Wreschen davonfuhren. Eine weitere Spur hat sich bisher noch nicht ermitteln lassen. Deshalb werden Kraftwagenbesitzer, die etwa ein Auto zu einer Fahrt nach Gnesen hergegeben haben, gebeten, sich sofort bei der hiesigen Kriminalpolizei zu melden.

Entdeckt worden ist der Diebstahl erst nachmittags vom Küster, als er in die Reliquienkammer hinein wollte und das Schloß seinen Bemühungen Widerstand leistete. Dieses wurde dann mit Hilfe eines Schlossers geöffnet, und dabei wurde im Schlosse ein abgebrochener Dietrich gefunden. Der Küster wurde zunächst, weil er den Diebstahl nicht sofort gemeldet hatte, in Haft genommen, ist aber, dem Vernehmen nach, inzwischen bereits wieder auf freien Fuß gesetzt worden.

Die Tatsache des Diebstahls mit seinen Einzelheiten war uns bereits gestern bekannt, so daß wir schon gestern darüber hätten berichten können, wie ein Teil der polnischen Blätter. Wir glaubten jedoch, der Bitte der Untersuchungsbehörde, von der Veröffentlichung des Berichts im Interesse der Untersuchung gestern noch abzusehen, entsprechen zu sollen.

Wieder drei Opfer der Warthe!

Am gestrigen Donnerstag nachmittag sind wieder drei junge Menschenleben beim Baden in der Warthe, und zwar sämtlich in der Zeit zwischen 6½ bis 7 Uhr, vernichtet worden. Damit hat die Zahl der Opfer des Badens in und nahe bei Posen in der Frist einer Woche die bedenkliche Höhe von 12 erlangt. Zunächst ertrank in der Nähe des neuen Schützenhauses, früher Schilling, der 19jährige Arbeiter Franzißek Mikołajczak, der Bogdankastraße 1 bei seinen Eltern wohnte. Um dieselbe Zeit ertrank in Luisenhain der 11jährige Schulknabe Franz Kliczbor aus Luisenhain; seine Leiche wurde eine Stunde später gefunden. Endlich ertrank noch beim Baden in der Warthe im Eichwalde um 7 Uhr abends die 23jährige Victorja Chwirot, ulica Bosa 25a (fr. Bossestr.) wohnhaft. Die Leichen des Mikołajczak und der Chwirot sind bisher noch nicht gefunden worden.

So jagt eine Unglücksbotschaft die andere. Seit 8 Tagen war nur der Mittwoch in unserer Stadt von Meldungen über Todesfälle durch Ertrinken freigeblieben. 12 Todesopfer in einer Woche! Welch eine Fülle von Jammer und Elend steckt hinter dieser Zahl, die allein auf die Stadt Posen entfällt! In Warschau ertranken am Sonntag, an dem wir in Posen drei Opfer zählten, 6 Personen usw. Und dabei handelte es sich lediglich um die Aufzählung der bekannt gewordenen Fälle, während, wie das fortgesetzte Auffinden unbekannter Leichen zeigt, diese erheblich größer sind. Diese Massenopfer liegen doch zu denken und mahnen zur Vorsicht. Die Ursache der vielen Todesfälle durch Ertrinken scheint in folgender Tatsache zu liegen. Die außerordentliche Hitzwelle, die uns jetzt beschert ist, lockt Jung und Alt in die kühlenden Fluten der Warte. Gar schnell verursacht die stechende Sonne einen den ganzen Körper umfassenden Sonnenbrand, den nur ein ganz gesundes starkes Herz überwindet Körper mit schwachen Herzen die nach dem erlittenen Sonnenbrand Kühlung suchen, gehen arbarmungslos infolge Herzschlag zu Grunde. Daraus ergibt sich als logische Folge, daß nur Leute mit ganz gesundem Herzen im Freien baden sollten. In diesem Sinne sollten Eltern ihre Kinder belehren und darauf achten, daß sie, wenn ihr Herz nicht gesund ist, nicht im Freien aden.

Waldschutz.

Die Starosten machen bekannt, daß Besitzer von Wäldern über 25 bis 100 Hektar (100 bis 400 Morgen) einen gekürzten Wirtschaftsplan, dagegen Besitzer von Wäldern über 100 Hektar (400 Morgen) einen regelrechten Wirtschaftsplan vorzustellen haben, und zwar in zwei gleichlautenden Exemplaren, von denen eins nach Durchsicht und Bestätigung dem Besitzer zurückgegeben wird. Der Termin zur Abgabe der gekürzten Pläne ist bis 1. August, der regelrechten dagegen bis 1. Oktober 1923 festgesetzt worden. Im Falle die Waldbesitzer die Herstellung und Vorlegung der Wirtschaftspläne unterlassen, werden letztere von der Behörde auf Kosten der Waldbesitzer ausgeführt werden. Informationen und Hinweise genannter Pläne erteilt den interessierten Personen die Inspekcja Ochrony Lasów bei der Wojewodschaft in Posen.

X Meldepflicht für Zureisende. Der Wojewode, Graf Bniński, hat unterm 21. v. Mts. eine Verfügung erlassen, nach der sich alle zureisenden Personen innerhalb zwölf Stunden polizeilich anzumelden haben. In den Dörfern zureisende Personen haben sich innerhalb 24 Stunden bei dem betr. Kommissariat zu melden. Nichtbefolgung dieser Anordnung wird streng bestraft.

Witos für Herabsetzung der Mieten. Ministerpräsident Witos hat gegen die Zweckmäßigkeit des Mieterschutzgesetzentwurfs gewisse Bedenken geäußert. Die im Entwurf vorgesehenen Mietsätze erscheinen dem Ministerpräsidenten zu hoch. Deshalb hat er eine nochmalige Ueberprüfung des Entwurfs angeordnet.

Vom Männer-Turnverein Posen. Das für Sonntag, 15. d. Mts., in Rawitsch geplante Gauturnfest ist auf den nächsten Sonntag, 22. Juli, nach Lissa verlegt worden. Die Abfahrtszeiten sind dieselben.

Der Deutsche Naturwissenschaftliche Verein veranstaltet am Sonntag, 15. Juli, einen Familienausflug nach Wierzonka. Abfahrt von Posen nach Kobelnitz 10 Uhr vorm., Rückkehr 8,08 abends. Wanderung etwa 10 Kilometer, es soll auch gebadet werden. Verpflegung mitnehmen. Gäste willkommen.

X **Einem Schwindler in die Hände gefallen** ist eine Firma in der ul. Małeckiego 33 (fr. Prinzenstr.) Sie hatte ihm 200 000 Mk. Anzahlung für die Anbringung von Reklametafeln an Gaslaternen gegeben, ohne daß er zur Empfangnahme, wie er behauptete, berechtigt war.

X **Verirrtes Kind.** Vom 6. Polizeirevier wurde gestern ein umherirrender 6jähriger Knabe aufgegriffen und dem Stadtkrankenhause zugeführt.

X **Diebstähle.** Aus der Jutefabrik ul. Dąbrowskiego 81/83 (fr. Große Berlinerstr.) wurden 1000 Stück Zweizentnersäcke im Werte von 24 Millionen Mark gestohlen; ferner wurden aus einem Schreibtisch in der ul. Wodna (fr. Wasserstr.) 600 000 Mark bares Geld gestohlen.

* **Dirschau,** 12. Juli. Am Montag morgen, früh um 5 Uhr brach auf dem Gehöft des Gutsbesitzers Hannemann in Gnojau Feuer aus, dem in kurzer Zeit zwei große Scheunen mit Vorräten zum Opfer fielen. Anscheinend ist das Feuer durch Unvorsichtigkeit von Hütejungen erfolgt. — Ein weiteres Feuer wütete am Freitag auf dem Abbau des Gutsbesitzers Penner-Liessau. Das Feuer vernichtete in kurzer Zeil das ganze Wohnhaus. Die Frau des Verwalters, die vor kurzer Zeit niedergekommen war, konnte nur das nackte Leben retten. Das gesamte Inventar und Mobiliar wurde ein Raub der Flammen. Auch 1000 Zentner Korn verbrannten.

* **Karthaus,** 12. Juli. In der Nacht vom vergangenen Freitag zu Sonnabend wurde der Forstbeamte Reiter aus Moisch, ein bejahrter Familienvater, in der Staatsforst unweit Sierakowitz ermordet, nachdem man ihm zuvor sein Gewehr entrissen hatte. Als der Tat dringend verdächtig sind bereits mehrere junge Leute aus jener Gegend verhaftet und in das hiesige Gerichtsgefängnis eingeliefert worden. Der gewaltsame Tod des Reiter erinnert an eine vor einigen Wochen vor dem hiesigen Schöffengericht stattgehabte Verhandlung gegen einen vorbestraften Holzdieb, der auf das zeugeneidliche Zeugnis des jetzt ermordeten Reiter hin wegen Holzdiebstahls und Widerstandes gegen die Staatsgewalt zu größerer Gefängnis- und Geldstrafe verurteilt wurde. Als der Zeuge Reiter den Zeugenraum betrat, streute ihm der Angeklagte eine Handvoll Sand vor die Füße, eine Handlung, die dem Angeklagten beinahe eine weitere Bestrafung wegen Ungebühr vor Gericht eingetragen hätte.

Kurse der Posener Börse.

	13. Juli	12. Juli
Bankaktien:		
Bank Dysk., Bydgoszcz-Gdańsk I.-IV.	2500	—,—
Kwilecki, Potocki i Ska. I.-VII. Em.	13 000	11 000—13 000
Bank Przemysłowców I. Em. o. K.	15 000—16 000	14 500—16 000
Bank Zw. Spółek Zarobk. I.-X. Em.	33 000—36 000	34 000
Bank Poznański I.—II. Em. . . .	—,—	4500
Polski Bank Handl., Poznań I.-VIII.	15 000	14 000—15 000
Pozn. Bank Ziemian I.—V. Em. .	3800—4600	3500—3800
Bank Młynarzy	2000—2400	2200
Bank M. Stadthagen-Bydgoszcz I.—IV. Em. (exkl. Kup.) . .	19 000	19 000
Industrieaktien:		
Arcona I.—IV. Em.	24 000	25 000—24 500
Bydgoska Fabryka Mydeł I. Em. .	6000	5500—5700
R. Barcikowski I.—IV. Em. o. Bezr.	10 000	—,—
Browar Krotoszyński I.—IV. Em. .	100 000	100 000
Brzeski Auto I.—II. Em.	—,—	10 000—11 000
H. Cegielski I.—IX.	8900-9300-8500	9000—9600
Centrala Rolników I.—VI. Em. .	3400—3500	3400
Centrala Skór I.—IV. Em. (o. Bzr.)	17 500	17 000—17 500
Cukrownia Zduny I.—II. Em. .	300 000	—,—
Garbarnia Sawicki, Opalenica I. Em. (ohne Bezugsr.)	9000—12 000	9000
Goplana I.—II. Em.	33 000	32 000—36 000
C. Hartwig I.—V. Em.	7400—7500	7000—7500
Hartwig Kantorowicz I. Em. . . .	80 000	80 000
Hurtownia Związkowa I.—III. Em.	2500—2600	2400—2500
Hurtownia Skór I.—III. Em. . .	12 000	9500
Herzfeld-Viktorius I.—II. Em. o. Bzr.	50 000—53 000	45 000—50 000
Hurt. Spółek Spożywców I.-II. Em.	10 000—13 000	9000
Iskra I.—III. Em.	50 000	50 000
Juno I. Em.	9000	9000
Lubań, Fabryka przetw. ziemn. I.-IV.	520 000	530 000
Dr. Roman May I.—IV. Em. . .	210 000-200 000	220 000
Pneumatik	8500—7250	6000-10000-8500
Młyny i Tartaki Wągrow. I.—II. Em.	40 000	—,—
Młyn Ziemiański I. Em.	28 000	27 000—28 000
S. Pendowski I. Em.	13 000	13 000
Płótno I.—II. Em. (ohne Bezugsr.)	10 000—12 000	10 000
Papiernia, Bydgoszcz I.—III. Em.	14 000	12 000—14 000
Patria I.—VIII. Em.	15 000—13 000	15 000
Pozn. Spółka Drzewna I.-VI. Em. (ohne Bezugsrecht)	26 000	30 000—26 000
Spółka Stolarska I.—II. Em. . .	45 000	45 000
Tkanina I.—IV. Em.	30 000	—,—
Tri I.—III. Em.	15 000	14 000—15 000
„Unja“ (früher Bentzki) I. u. II. Em.	62 000	70 000—65 000
Waggon Ostrowo I.—IV. Em. (ohne Kup.) 21 u. 22	19 000—20 000	20 000
Wisła, Bydgoszcz I.—II. Em. . .	85 000—105 000	85 000—80 000
Wytwornia Chemiczna I.—III. Em. ohne Bezugsrecht	8000	6000-8000-7500
Wyroby Ceramiczne I. Em.	40 000	40 000
Ziedn. Browar. Grodziskie I.—II. Em.	40 000	38 000—40 000

Handel und Wirtschaft.

Aenderung der polnischen Finanzpolitik?

In Kreisen, die der Regierung nahestehen, geht das Gerücht um, daß die Regierung sich mit der Absicht trage, alle Devisenverordnungen der letzten Zeit zurückzuziehen und zur früheren Politik zurückzukehren. Vor allem sollen auf die Weise die Devisenkommissionen aufgelöst und im Zusammenhang damit den festgesetzten Banken die Devisenrechte zurückerstattet werden.

Tschechische Börsenkreise für die deutsche Mark. „Financial Times" berichten aus Prag, daß Prager Börsen- und Bankkreise gegen die beabsichtigte Streichung der Notierungen der deutschen Mark vom Pariser und Londoner Börsenzettel protestieren. In Prager Börsen- und Finanzkreisen herrscht die Überzeugung, daß die Streichung der deutschen Marktnotierungen höchst ungünstig auf die Interessen der Tschechoslowakei einwirken werde, umso mehr, als fast die Hälfte der tschechoslowakischen Ein- und Ausfuhr nach Deutschland gerichtet ist. Endlich weist man in diesen Kreisen auf den Umstand hin, daß der letzte deutsche Marksturz den tschechoslowakischen Kaufleuten und Industriellen riesige Verluste verursacht hat.

Die polnische Eierausfuhr. Das Hauptein- und Ausfuhramt hat dieser Tage die Genehmigung zu einer weiteren Ausfuhr von 150 Waggons Eiern erteilt. Bevorzugt wurden diesmal die ostgalizischen Eierhändler, auf die 92 Wagen entfallen.

Ein Zuschlag auf die Industrie-Patente? Wie das „Journal de Pologne" erfährt, arbeitet der Finanzminister gegenwärtig einen Gesetzentwurf aus, der eine Zuschlagszahlung auf die Industrie-Patente für das Jahr 1923 vorsieht. Die Zahlung soll 45 Tage nach der Veröffentlichung dieses Gesetzes im „Dziennik Ustaw" erfolgen. Man rechnet mit einer Gesamteinnahme von 75 Milliarden durch diese Steuer.

Von den Aktiengesellschaften.

„**Bracia Nobel w Polsce**" Petroleumgesellschaft T. A. in Warschau teilt mit, daß Subskriptionen und Auszahlungen für die IV. Emission lt. Generalversammlungsbeschluß von folgenden Banken entgegengenommen werden: Im Direktionsgebäude Warschau, Al. Jerozolimskie 57, Bank Związku Spółek Zarobkowych Posen und deren Filiale in Warschau, ul. Jasna 8, sowie die Bank Handlowy in Warschau, ul. Traugutta 9.

Von den Märkten.

Holz. In Posen wurde pro Kubikmeter gezahlt: für Kiefer II 144 000, III 119 200, IV 152 060, Brennscheite 45 454, Rundbrennholz 30 877, Aeste II 7863. Eiche B I 224 800, II 210 600, III 179 600, IV 188 450, V 146 930.

Posener Viehmarkt vom 13. Juli 1923.

(Ohne Gewähr.)

Es wurden gezahlt für 100 Kilogramm Lebendgewicht:

I. Rinder: I. Sorte 1 010 000 M., II. Sorte 880 000—900 000 M., III. Sorte 760 000—800 000 M. — **Kälber:** I. Sorte 860 000 M., II. Sorte 780 000 M.

II. Schweine: I. Sorte 1 260 000 M., II. Sorte 1 150 000 bis 1 180 000 M., III. Sorte 1 040 000—1 070 000 M.

Der Auftrieb betrug: 10 Ochsen, 18 Bullen, 36 Kühe, 125 Kälber, 192 Schweine, 438 Ferkel das Paar 280 000—320 000 M., 32 Schafe, 49 Ziegen. — Tendenz: sehr ruhig; mehrere Stück Rindvieh nicht verkauft.

Danziger Mittagskurse vom 13. Juli.

Die polnische Mark in Danzig	168
Der Dollar in Danzig	197 000

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 13. Juli 1923.

Die Großhandelspreise verstehen sich für 100 Kg. bei sofortiger Waggon-Lieferung.)

Roggen	250 000—275 000	Roggenmehl 70%	380 000—400 000
Braugerste	210 000—230 000	Weizenkleie	135 000
Hafer	270 000—280 000	Roggenkleie	135 000

Der Markt belebt. Die nahende Erntezeit übt ungleiche Orientierung aus. — Tendenz: ungleichmäßig.

Warschauer Vorbörse vom 13. Juli.

Deutsche Mark in Warschau	0,40
Dollar in Warschau	108 500
Englische Pfund in Warschau	500 000
Schweizer Franken	19 020
Französischer Franken in Warschau	6440

Warschauer Börse vom 12. Juli.

Devisen:

Belgien	5500	Paris	6340
Berlin	0.54	Prag	3315
Danzig	0.54	Schweiz	18 975
London	503 800	Wien	1.49
Neuyork	110 000	Italien	4750

Hauptschriftleitung: Dr. Wilhelm Loewenthal (z. Zt. beurlaubt). Verantwortlich: für Politik: Dr Martin Meister; für Stadt und Land: Rudolf Herbrechtsmeyer; für Handel und Wirtschaft und den übrigen unpolitischen Teil: Robert Styra; für den Anzeigenteil: i. V. B. Sikorski. — Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A., sämtlich in Posen.

Hiermit bringen wir zur öffentlichen Kenntnis, daß die Aktiengesellschaft „**Wiepolana**" in Poznań beabsichtigt, ihr bisheriges Unternehmen umzugestalten bezw. umzubauen und in einem besonderen Gebäude auf der ul. Dąbrowskiego 89 eine Eisengießerei in Betrieb zu setzen.

Irgend welche Einsprüche dagegen nebst Begründung sind innerhalb 2 Wochen an die unterzeichnete Behörde, plac Sapieżyński 10a, 1. Stock, Zimmer Nr. 7 einzureichen, woselbst auch die betr. Pläne nebst Beschreibung während der Amtsstunden zur Einsicht der Interessenten ausliegen.

Verspätete Einsprüche werden nicht berücksichtigt.

Wydział Miejski

Przewodniczący w. z. (—) Dr. Sławski.

Kirchennachrichten.

Kreuzkirche. Sonntag, 10: Gd. Greulich.

St. Petrikirche. (Evangel. Unitätsgemeinde.) Sonnabend, 6: Wochenschlußgottesdienst fällt aus. — Sonntag, 10: Gottesd. Haentsch. — 11½: Kindergd. Ders. — Mittwoch, 6: Bibelbesprechung. Ders. — Amtswoche: Ders.

St. Paulikirche. Sonntag, 10: Gottesd. D. Blau. — Mittwoch, 8: Bibelstd. Stuhlmann. — Amtswoche: Ders.

Ev.-luth. Kirche, ulica Ogrodowa 6 (früh. Gartenstr.) Sonntag, 9½: Predigt-Gottesd. mit hl. Abendmahl. Beichte 9 Uhr. Hoffmann. — 11½: Kinder-Gd. (Vereinszimmer). Ders.

St. Lukaskirche. Sonntag, 10: Predigt. Büchner.

Christuskirche. Sonntag, 10: Gottesd. P. Rich. Danach Kgd. — Mittwoch, 8: Bibelstunde.

St. Matthäi-Kirche. Sonntag, 10: Gd. Brummack. 11½: Kgd. Ders. — Freitag, 8: Bibelstunde. Ders. Wochentags: 7¼ Morgenand.

Sassenheim. Sonntag, 4: Gottesdienst.

Ev. Verein junger Männer. Sonntag, 8: Versammlg. Vorlesungen. 9: Abendand. Brummack. — Montag, 8: Blasen. — Mittwoch, 7½: Bibelstd. 8½: Besprechungsabend. — Donnerstag, 8: Blasen. — Sonnabend, 7½: Stenographie. 9: W.-Schl.-And.

Kapelle der Diakonissen-Anstalt. Sonnabend, 8: Wochenschlußgottesdienst. G.-Sup. Blau. Sonntag, 10: Gottesdienst fällt aus.

Christliche Gemeinschaft (im Gemeindesaal d. Christuskirche ul. Matejki). Sonntag, 6: Jugendbundstunde E. C. — 7½: Evangelisation. — Freitag, 7½: Bibelbesprechungsstunde. — Jedermann herzlich eingeladen.

Arbeitsmarkt